

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 37 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß bei redaktionellen Text

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kamarilla am Werke!

Es kriselt in der Wilhelmstraße — Hitler und Papen als Kanzlerkandidaten — Schleicher wackelt

Heute um drei Uhr nachmittag tritt der Vorkonferenzrat des Reichstags zusammen, um zu beraten, ob der Reichstag tatsächlich am 31. Januar zusammentreten werde.

Gestern durchschwärmten Gerüchte die Stadt, daß Reichskanzler von Schleicher zurückgetreten und daß — Herr von Papen bereits zu seinem Nachfolger ernannt worden sei. Diese Gerüchte wurden offiziös als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Nicht aus der Luft gegriffen, sondern Tatsache ist es, daß die im Dunkeln arbeitenden Kräfte der Harzburger Front eifrig gegen Schleicher militieren. Hitler verhandelt mit den seinen Seiten um Hugenberg und Papen über ein Kabinett der Harzburger Front. Diese Verhandlungen sollen zu einem gewissen Abschluß gekommen sein. Zwei neue Regierungskombinationen sind gestern als Ergebnis dieser Verhandlungen aufgetaucht.

Die eine ein Kabinett Hitler mit parlamentarischer Untermauerung, Hitler Reichskanzler, Hugenberg Außenminister, dazu Göring, Fric, Schacht und der „Wörsezeitungs“-Stülpnagel als Wehrminister. Dem Zentrum wird dabei die Rolle der nicht beteiligten, aber tolerierenden Partei zugewiesen.

Die andere ein Kabinett von Papen mit Hugenberg, Göring, Fric, Schacht und Stülpnagel, mit der Zustimmung Hitlers.

Entweder also der Faschingskanzler Hitler oder die Wiederkehr des Herrenreiters von Papen, dessen Kurs im Volke Stürme der Empörung und der Entrüstung hervorgerufen hat!

Das eine würde ebenso auf eine Provokation und auf ein schauerliches Fiasko hinauslaufen wie das andere!

Diese Kombinationen enthüllen die Absichten der Harzburger Reaktion. Die Motive sind klar: Hitler will aus der politischen Verlegenheit heraus und will Reuenschon vermeiden. Lieber gemeinsame Sache mit Papen, Hugenberg und den seinen Seiten als das Risiko einer Wahl! Hugenberg will den agrarischen Kurs bis zum äußersten fortsetzen, er will die ganze Macht für die Junker, er will die Vertuschung der Osthilfe-Skandale!

Schleicher will im Vorkonferenzrat eine klare Tolerierung vom Reichstag fordern, er will vom Reichspräsidenten die Vollmacht zur Reichstagsauflösung, falls Hitler und Hugenberg ihn nicht tolerieren.

Der Machtkampf wird in den innersten Gemächern des Reichspräsidentenpalais geführt. Jeder der kämpfenden Teile sucht sich der Person des Reichspräsidenten zu verschließen. Auf Hintertreppen und auf trümmigen Wegen wollen die Hitler und Hugenberg zum „Dritten Reich“ gelangen!

Eine Wiederernennung Papens würde ein Bekenntnis des Reichspräsidenten zum Reichslandbund, zum ostfeindlichen Junkertum, zu den sozialreaktionären Plänen Hugengebigs darstellen. Sie würde zugleich seiner Autorität einen entscheidenden Stoß verfehen. Die Wiederbeauftragung eines Mannes, den er selbst angeführt der Empörung des Volkes vor wenigen Wochen geben lassen mußte, würde Beweis dafür sein, daß sein Kurs nicht fest ist, sondern im Jidzack geführt wird!

Mit solchen Regierungsplänen mühten neue

Angriffe auf die Verfassung verbunden sein! Wer diese Experimente wagt, der weiß vielleicht, wie sie anfangen, aber nicht, wie sie aufhören!

Die Haltung der Nationalsozialisten

Die Haltung der Nationalsozialisten wird beleuchtet durch die folgenden Ausführungen des „Völkischen Beobachters“:

„Falls nicht besondere Ereignisse in der Zeit zwischen dem 27. und 31. Januar eintreten, ist ein Ablauf der politischen Geschehnisse etwa wie folgt denkbar:

Der Reichstag tritt wie beschlossen, am 31. Januar zusammen, um eine Regierungserklärung aus dem Munde des Reichskanzlers v. Schleicher entgegenzunehmen. Daran wird sich die große politische Aussprache anschließen, die vielleicht bis zum 4. Februar dauern könnte. Wenn es im Anschluß daran zur Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag kommt, so ist seine Annahme mit den Stimmen der Nationalsozialisten nicht zweifelhaft, um so mehr, als keine einzige Partei, ausgenommen die Deutsche Volkspartei, Veranlassung haben dürfte, den Reichskanzler von Schleicher noch länger zu halten. Die Entscheidung, ob am 4. Februar die Auflösung des Reichstages kommt, liegt ganz allein beim Reichspräsidenten. Wir wissen nicht, ob er sich bis dahin zu der Ueberzeugung durchgerungen haben wird, daß die Krise nur durch

Hitlers Betrauung mit dem Reichskanzleramt zu lösen ist“

Diese Ausführungen bestätigen, daß die Besprechungen über eine neue Harzburger Front zum Abschluß gekommen sind und daß Hugenberg und Hitler gemeinsam operieren werden.

Die Reichspressestelle der NSDAP. dementiert, daß Hitler mit einer Regierungskombination Papen einverstanden sei. Er wolle selber die Führung haben.

Kaas und Hugenberg

Die Zentrumsfraktion des Reichstags tritt heute vormittag zu einer neuen Besprechung der politischen Lage zusammen. Vorher sollen Besprechungen zwischen Kaas und Hugenberg über eine Tolerierung eines Harzburger Kabinetts durch das Zentrum stattfinden.

Und Schleicher?

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, sind die Gerüchte, daß Reichskanzler von Schleicher zurückgetreten sei, falsch. Der Reichskanzler beabsichtige auch nicht, zurückzutreten. Er werde, wie das bereits mehrfach erklärt worden sei, die Entscheidung des Vorkonferenzrates am Freitagvormittag abwarten und frühestens am Sonnabendvormittag dem Reichspräsidenten Vortrag halten über die politische Lage und über die Maßnahmen, die möglicherweise zur Verhütung ähnlicher Vorfälle wie in Dresden getroffen werden könnten.

Japans Kriegsführung

Knebelung nach außen und innen

Japan führt Krieg, nicht nur gegen China, sondern auch gegen die proletarische Opposition im eigenen Lande. Dieser innere Feldzug findet sein Auslangen nicht mit den rund 7000 Verhaftungen und zahlreichen Prozessen des Jahres 1932, die natürlich auch jetzt fortgesetzt werden. Die Regierung hat beschlossen, ein „Sondergesetz zum Schutze der nationalen Gefinnung der Nation“ zu erlassen, um mit gelamter Kraft die kommunistischen und marxistischen Ideen auf das schärfste zu bekämpfen.

Selbstverständlich bestreitet Japan, sein Völkerbundsmandat über die Marianeninseln zur Anlegung von U-Boot-Stützpunkten mißbraucht zu haben; man habe dort nur die — erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen!

Zu einer chinesischen Note, die die Rückgabe des Staatsapparates in Schanghai, fwan und dem ganzen neubefestigten Gebiet for-

dert, erklärt das japanische Außenministerium bereits, diese chinesische Note werde gar nicht dem Kabinett vorgelegt und als bedeutungslos nicht beantwortet werden. Die japanische Regierung wüschte keine Erörterung; die Dinge sollen ihren Lauf nehmen!

Den Besuch des früheren Chefs der Peking-Regierung, Marschall Tchangshijui, in Nanking und Schanghai bezeichnet die Nanking-Regierung als Beweis dafür, daß der Versuch der Japaner, eine Scheinregierung in Nordchina zu bilden, gescheitert sei.

Manöver der USA-Pazifikflotte, die vorher nicht angekündigt worden sind, haben — wie der Sowjetrundfunk meldet, scharfe Artikel der japanischen Presse zur Folge. Die Manöver werden als eine Demonstration gegen Japan angesehen.

Das schlechte Gewissen meldet sich da.

Berlin bleibt rot!

Sonntag, 14 1/2 Uhr, Lustgarten

Die Junker mit Aehl und Monokel,
Sie krähen wieder wie Gockel:
Hände an die Hosennaht!
Maul gehalten in dem Staat!
Fenster zu! Wenn Hitler provoziert,
Und mit jeder braunen Jacke
Ein Schupo mitmarschier!
Warum schmiß man aus dem Liebknechtshaus
Euch Kommunisten wie Hunde raus?!
Zwietracht spaltet die Arbeiterheere.
Stärker als Worte sind die Gewehre.
Stärker als Waffen die Solidarität,
Wenn Arbeitsmann zu dem Arbeitsmann steht.
Kämpft einig zusammen und rot bleibt Berlin:
Am Sonntag marschier das rote Berlin!

Die Herren mit Geldern und Gütern,
Sie nehmen's von Stempelbrüdern.
Hände an die Hosennaht!
Große Herren brauchen Draht.
Türen auf! Ihr werdet exmittiert,
Weil von jedem armen Groschen
Ein Großer profitiert.
Wann endlich feigt aus dem deutschen Haus
Ein eiserner Besen den Spuk hinaus?
Eintracht schmiedet die Arbeitermasse
Unbezwinglich zur Arbeiterklasse.
Stärker als Waffen die Solidarität,
Wenn Arbeitsmann zu dem Arbeitsmann steht.
Kämpft einig zusammen und rot bleibt Berlin:
Am Sonntag marschier das rote Berlin.

Bruno Schönlanck.

Bauerngrofchen

Verschwendung in den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen

Von Kurt Heinig

In weiten Kreisen der Landwirtschaft hat man heute die Ueberzeugung, daß von den Landwirtschaftskammern bis zum Reichslandbund und vom landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband bis zum Reichsgrundbesitzerverband kostspielig gewirtschaftet und Geld verschwendet wird.

Zur Unterfuchung dieser Mängel wurde eine besondere Studiengesellschaft eingesetzt, ihr Arbeitsausfchuf bestand aus den folgenden bekannten Herren:

von Flemming, Präsident der Landwirtschaftskammer in Stettin, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank für Industrieobligationen, (seht wegen seiner eigenen Osthilfe-Sanierung viel genannt); Dr. Gerekke, Präsident des Deutschen Landgemeindetages, zur Zeit Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im Kabinett Schleicher; Müller-Fernehagen, Gemeindevorsteher und Hofbesitzer; Freiherr von Wangenheim, Staatssekretär z. D. Dr. Peters.

Das Urteil dieses gut orientierten Gremiums über die Zustände in den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen muß die allergrößte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erwecken, zumal es in einem besonderen Gutachten des Staatssekretärs z. D. Dr. Peters niedergelegt worden ist.

Der Reichslandbund hat seit 1930 nichts Genaueres mehr über seine Mitglieder veröffentlicht. Man weiß nur, daß der Bundesvorstand sich aus dem Präsidenten und den Direktoren der Zentrale, sowie aus den Vorsitzenden der Landbünde zusammensetzt und über Mittel und Politik des Reichslandbundes bestimmt. Eine ganze Reihe von Tochtergründungen des Reichslandbundes sind in Liquidation. Besondere politische und wirtschaftliche Hilfsquellen sind der Reichsjunglandbund, der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, der Reichslandarbeiterbund, der Beamtenbund land- und forstwirtschaftlicher Berufe, der Reichsverband der Beamtinnen und Fachlehrerinnen für Landwirtschaft, der Domänenpächterverband, der Reichsbund landwirtschaftlicher Pächter, der Reichsschuhbund landwirtschaftlicher Verpächter und Grundeigentümer.

Die katholischen Bauern und Landwirte haben ihren Zusammenschluß in der Vereinigung der deutschen Bauernvereine gefunden, die auch ihre eigene Bank hat (Deutsche Bauernbank).

Zu allen jenen politischen Berufsorganisationen kommt noch die eigentliche landwirtschaftliche Berufsvertretung, die Landwirtschaftskammern. Ueberall hat der Landwirt selbstverständlich Beiträge zu zahlen. Daneben gibt es für diese Berufsvertretungen auch Staatszuschüsse und Reichsgelder.

Der Gesamtaufwand der deutschen Landwirtschaftskammern für 1932/33 betrug 51,0 Millionen Mark. Davon sind 16,2 Millionen Mark Staatsbeihilfe, 22,4 Millionen Mark werden von den Landwirten durch besondere Umlagen erhoben, der Rest an Einnahmen ergibt sich aus Beihilfe anderer öffentlicher Körperschaften.

Wie diese riesenhaften Mittel verwandt werden, das ist undurchsichtig. In der Hauptversammlung der Kammer für Schleswig-Holstein wurde einmal festgestellt, daß allein jenes Institut mit seinen Hilfseinrichtungen jährlich 220000 Mark für Dienstreisen verbraucht, während das ganze preußische Landwirtschaftsministerium mit

76 000 Mark Reiskosten auszukommen vermag.

Die Umlage bei den einzelnen Bauern steigt für die Landwirtschaftskammern bis zu 47 Pfennig je Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Wieviel Geld der Reichslandbund, seine Hilfsverbände und die anderen Bauernorganisationen einnehmen, ist unbekannt. Der Staatssekretäre z. B. Dr. Peters schätzt, daß es jährlich außer den 28,4 Millionen, die an die Landwirtschaftskammern gezahlt werden müssen, etwa 40 Millionen Mark sind. Dazu erklärt man in jener Denkschrift — wir zitieren hier wörtlich —:

„Und es muß auch mit aller Deutlichkeit einmal gesagt werden: Reichslandbund, Bauernvereine, Bauernschaft und auch die sonstigen großen landwirtschaftlichen Zentralorganisationen: Genossenschaften, Arbeitgeberverband, Reichsgrundbesitzerverband, Waldbesitzer-, Pächter-, Verpächterverbände, sie arbeiten fast alle viel zu teuer. Der Reichslandbund braucht jährlich 10 Millionen, die Bauernvereine 4 Millionen, die Bauernschaft 1 Million, 16 Millionen brauchen die Genossenschaften, 1 Million deren Zentrale, 8 Millionen kosten alle sonstigen landwirtschaftlichen Verbände und Vereine. Die Zahlen sind vorsichtig und eher zu niedrig als zu hoch geschätzt. Willen doch manche Zentralverbände, die ihren Unterorganisationen es überlassen, die Beiträge aufzubringen, selber nicht genau, was ihr Gesamtbetrieb eigentlich kostet.“

Die Verbandsbeiträge der Landwirte machen in vielen Provinzen und Ländern das Doppelte und Dreifache der Beträge zur Landwirtschaftskammer aus. Und zu welchem Zweck werden diese Riesensummen benötigt? Die Studienkommission sagt — auch hier wieder wörtlich:

„zur Aufrechterhaltung eines Heeres von Geschäftsführern, Angestellten und anderen Funktionären und zu Zwecken der Propaganda in erster Linie, zu sachlicher, der Landwirtschaft dienender Arbeit oft nur nebenher. Und es werden oft auch Schulden über Schulden gemacht. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, ein großer Provinzialverband in diesem Jahre gezwungen, die Umlage zu verdoppeln, da er den Betrag der Umlage von 1931 für Schuldzinsen und für jährliche Schuldtilgungszahlungen braucht. Überall findet man, daß Verbandseinsparungen in Liquidation getreten sind, Liefen von Konkursanträgen ärgerlich gewordener Gläubiger, muß sogar festgestellt, daß Broschüren aus Verbandsmitteln verfaßt und verbreitet werden, die sich mit Behauptungen befassen, welche schwerste Verfehlungen maßgebender Verbandspersonalitäten — natürlich bei der Konkurrenz — als erwiesen dargelegt werden.“

Dazu wird noch unterstrichen, daß diese Verschwendungskrise vornehmlich beim Reichslandbund vorhanden sei, der nichts anderes darstelle als eine politische Partei. Bald werde es so sein, daß der Landwirt sage, die politischen Parteien verlangen nur Pfennige, wo der Reichslandbund Silber fordert!

Der Reichslandbund gibt hohe Summen regelmäßig für Propagandazwecke aus, sie gehen jährlich in die Millionen. Die einzelnen dem Reichslandbund angehängten Tochterorganisationen verschwenden ebenfalls reichlich Gelder. So hat der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereine einen Apparat aufgezogen, der z. B. in einer preussischen Provinz jährlich 250 000 Mark verschlingt. Auch diese Organisation verlangt selbstverständlich von den Landwirten besondere Beiträge. Ebenso liegen die Dinge beim Reichsgrundbesitzerverband, beim Reichsbund landwirtschaftlicher Pächter und bei seinem Gegenpieler, dem Reichsbund landwirtschaftlicher Verpächter — beide sind dem Reichslandbund angeschlossen, obwohl sie gegenläufige Interessen vertreten.

Die Landlieferungsverbände sind heute so gut wie überflüssig, aber sie erheben immer noch Umlagen, „denn es ist zwar selten etwas zu tun, aber der Herr Geschäftsführer muß besoldet, sein Büro bezahlt werden!“

Wenn man sich überlegt, daß diese Feststellungen von führenden Agrariern der verschiedensten Richtungen in einer Denkschrift gemacht worden sind, so ist die Annahme wohl berechtigt, daß die ganze Wirklichkeit noch schlimmer aussieht als festgestellt wurde. Deswegen ist es auch verständlich, daß der Direktor des Reichslandbundes, Major a. D. von Sabel, Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, im Haushaltsausschuß des Reichstags, als ihm jene Denkschrift entgegengehalten wurde, wütend schimpfte, weil es seine eigene Firma und seine eigene Geschäftsführung betraf. Und das nennt sich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, denn deren Wortführer für die Diktatur ist im Haushaltsausschuß des Reichstages Herr von Sabel!

Sturm im Sachsenlandtag

Folgen des Dresdener Blutbades

Dresden, 26. Januar.

Der Sächsische Landtag debattierte am Donnerstag die Ereignisse in der kommunistischen Versammlung in Dresden, in der neun Arbeiter erschossen wurden. Die Sitzung des Landtages war eine der stürmischsten, die in diesem Hause erlebt wurde. Dreimal mußte die Tagung unterbrochen werden.

Der Minister des Innern erklärte zu den blutigen Ereignissen, die Untersuchung sei noch im Gange, er wolle sich vorläufig jedes Urteils enthalten. Die Beamten seien von der Galerie aus beschossen worden. Diese Schüsse hätten uniformierte Beamte von sich aus ohne Befehl zum Anlaß genommen, nach der betreffenden Stelle der Galerie zu schießen. Mehrere Beamte hätten einen Mann gesehen, der hinter einer Säule in Deckung stehend, auf die uniformierten Beamten schoss. Als Beweis, daß von der Galerie geschossen wurde, seien Einschüsse an den Möbelstücken und im Parkett des Fußbodens an der Stelle, wo die Beamten gestanden hätten, zu betrachten. Es habe sich gezeigt, daß durch die Aufhebung des Burgfriedens, die nach Ansicht der sächsischen Regierung etwas übereilt erfolgt sei, derartigen Vorgängen Tür und Tor geöffnet werde. Die Regierung werde von sich aus alle Maßnahmen treffen, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten. Vorläufig sei ein Demonstrationsverbot für Dresden verfügt worden.

Der sozialdemokratische Abg. Edel antwortete: Nicht ein allgemeines Demonstrationsverbot sei notwendig, sondern die strengste Bestrafung des Schuldigen. Die Auflösung der Versammlung erscheine als ungeheuerlich. Es sei ein alltäglicher Vorgang, daß Nationalsozialisten zum Hängen politisch Andersdenkender auffordern, ohne daß dagegen eingeschritten werde. Nach den Informationen, die die sozialdemokratische Landtagsfraktion bekommen habe, habe der SPD-Kedner Fraedrich dem Sinne nach gesagt: „Wenn die Faschisten morden und stechen, dann werden wir auch in der gleichen Weise morden und stechen. Wenn die Faschisten ihre Propaganda weitertreiben, so sei es ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse sich dagegen zur Wehr setze.“ Nach den vorläufigen Zeugnisaussagen sei das Vorgehen der Polizei völlig unverständlich. Wahlos sei geschossen worden,

nachdem der berühmte erste Schuß losgegangen sei. Wahlos sei auf die Fliehenden, wahlos auch auf der Straße geschossen worden, wahlos seien die Männer und Frauen, die in der Versammlung gewesen seien, zur Untertunlichkeit zertrampelt worden. Es klinge in keiner Weise glaublich, daß die Gewehre von selbst losgegangen seien. Der verantwortliche Beamte hätte entweder unerhört verbrecherisch oder unerhört leichtfertig gehandelt und müsse sofort bestraft werden. Der Untersuchungsausschuß des Landtages müsse die Untersuchung des Falles sofort in die Hand nehmen.

Als dann der kommunistische Abgeordnete Renner sprach, kam es infolge von Sturmjahren zu einer Unterbrechung der Landtagsitzung.

Ein nationalsozialistischer Journalist rief nach den übereinstimmenden Zeugnisaussagen mehrerer Abgeordneter Schimpfereien gegen die Kommunisten in den Saal. Der kommunistische Abgeordnete Sindermann stürzte daraufhin auf die Tribüne, packte den in Frage kommenden Journalisten und versuchte ihn mit Gewalt von der Tribüne zu entfernen. Daran wurde er durch andere Journalisten gehindert. Die Sitzung wurde schließlich unterbrochen.

Zu weiteren erregten Auseinandersetzungen kam es dann auf dem Korridor des Landtagsgebäudes neben der Journalistentribüne, wo sich inzwischen außer einigen Abgeordneten der Linken der Nazilabgeordnete Dr. Benneke eingefunden hatte, dessen Immunität aufgehoben ist, weil er im Verdacht steht, die Mörder des Henrich begünstigt zu haben. Der kommunistische Abgeordnete Hermann drohte Benneke, er werde ihn aus dem Fenster hinauswerfen. Es würde Benneke wahrscheinlich schlecht ergangen sein, wenn ihn nicht ein jüdischer Journalist geschützt hätte, den er in der letzten Zeit in Versammlungen in der wästeligen Weise beschimpft hat.

In der neuen Sitzung erklärte der deutschnationale Präsident Dr. Eckardt, die Frage, ob der Journalist Schimpfsworte in den Saal gerufen habe, sei noch nicht geklärt. Er schloß dann aber die kommunistischen Abgeordneten Sindermann und Hermann aus der Sitzung aus. Daraufhin entstand ein

derartiger Tumult, daß die Sitzung von neuem unterbrochen werden mußte.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Präsident Dr. Eckardt mit, es sei inzwischen durch zahlreiche Zeugnisaussagen bestätigt worden, daß der in Frage kommende Journalist beleidigende Jurufe gemacht habe. Er werde ihm die Pressekarte entziehen.

Dann gab Abg. Edel (Soz.) eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die stürmischen Vorgänge bei einer besseren Geschäftsführung des Präsidenten hätten vermieden werden können. Als jetzt dem sozialdemokratischen Abg. Müller-Planig, der durch Jurufe eine scharfe Kritik an dem Verhalten des Präsidenten übte, das Wort entzogen wurde, steigerte sich der Tumult so, daß die Sitzung abermals geschlossen werden mußte.

Kurz nach 17 Uhr eröffnete Präsident Dr. Eckardt zum drittenmal die Sitzung. Er wiederholte, daß er dem nationalsozialistischen Pressevertreter die Pressekarte zum Landtagsgebäude entziehen werde, da von verschiedenen Zeugen bestätigt sei, daß er beleidigende Worte in den Sitzungssaal hineingerufen habe.

Der kommunistische Abgeordnete Renner polemisierte dann heftig gegen die Landtagsjournalisten. Während dieser Ausführungen entstand im Sitzungssaal wieder großer Lärm. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller griff die Geschäftsführung des Präsidenten heftig an. Er wurde deshalb zur Ordnung gerufen. Neue Jurufe des Abg. Müller (Soz.) beantwortete der Präsident mit dem Ausschluß.

Als schließlich der kommunistische Abgeordnete Renner an das Rednerpult getreten war, um seine am Vormittag unterbrochene Rede fortzusetzen, schloß der Landtagspräsident die Sitzung, weil der sozialdemokratische Abgeordnete Müller sich weigerte, den Sitzungssaal zu verlassen.

Demonstrationsstreik für die Opfer

Am Donnerstag haben sämtliche Arbeiter im Sachsenwerk, Licht- und Kraftwerk A.-G. in Niederjeschlag, insgesamt 700 Mann, den Betrieb verlassen. Nur die Lehrlinge und das Kesselhauspersonal ist geblieben. Es ist ein einseitiger Streik für die Opfer der Polizei proklamiert.

Teure Medizin!

Brachtsche Pläne im Reichsrat

Obwohl der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags vor kurzem auf die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit für die Volksgesundheit hingewiesen hat, beabsichtigt der Reichsrat auf Wunsch der Reichsregierung eine Verordnung herauszubringen, auf Grund deren die billigen Arzneimittel verteuert werden sollen. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Preises der Arzneimittel bis zu 1 M. wird mit der Notlage zahlreicher Apotheken begründet, denen man helfen müsse, um nicht die Volksgesundheit durch die Unmöglichkeit der Versorgung großer Gebiete mit Arzneimitteln zu gefährden.

Der Vertreter Preußens im Reichsrat erklärte aber in der gestrigen Sitzung, daß man sich eine praktische Wirkung für die Verbesserung der Notlage der Apotheker von der Maßnahme nicht versprechen könne. Wenn die Verordnung durchgeführt wird, werden durch sie die Krankenkassen mit rund 1 1/2 Millionen Mark Mehrkosten belastet. Sie müssen entweder zur Taxierhöhung oder zur Senkung ihrer Leistungen übergehen. Die großen Mengen von Erwerbslosen, denen keine Krankenversicherung mehr zuteil wird, werden, wenn sie krank sind, auf die Besserung mit billigen Arzneimitteln verzichten müssen oder die Wohlfahrt der Gemeinden weiter belasten.

Zahlreiche Ländervertreter haben in der gestrigen Sitzung des Reichsrats auf diese unhaltbaren Zustände hingewiesen, und offensichtlich war es dem Reichsrat bei der Beratung der Vorlage nicht ganz geheuer. Nachdem sich eine Mehrheit für eine Ablehnung der Vorlage nicht gefunden hatte, wurde die Abstimmung auf Wunsch eines Drittels des Reichsrats um höchstens fünf Tage hinausgeschoben. Auf fallend war der Ton, mit dem der Reichsinnenminister Bracht den Vertreter der Provinz Sachsen behandelte, der sich nur erlaubte, darauf hinzuweisen, daß die gestern aufgestellte Behauptung des Reichsinnenministers, sämtliche preussischen Medizinalbeamten bei den Regierungen sprächen sich für eine Erhöhung der Arzneimitteltage aus, in den Ausschüssen des Reichsrats nicht vorgebracht worden sei. Herr Bracht sagte nämlich zu dem Vertreter der Provinz Sachsen, er würde ja seine Meinung auch nicht ändern, wenn er den Inhalt der Berichte der Medizinalbeamten kennenlerne.

Wie berichtet wird, sind in Preußen von 4000 Apotheken höchstens 80 notleidend. Die Erhöhung der Arzneimitteltage würde aber natürlich nicht nur den notleidenden Apothekern, sondern allen zugute kommen.

De Valeras Sieg

Regierungsmehrheit vergrößert

Dublin, 26. Januar.

Nach weiteren Wahlergebnissen erhöht sich der Vorsprung de Valeras. Er läßt erwarten, daß die De-Valera-Partei mit einer klaren Mehrheit aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. Bisher führt de Valera mit einer Mehrheit von zehn Sitzen. 60 Abgeordnete sind bereits gewählt; 93 Ergebnisse stehen noch aus. Der Stand der Parteien am Donnerstag um 18 1/2 Uhr MEZ. war der folgende:

Regierungsparteien: Fianna Fail 33 Sitze; Arbeiterpartei 2. Opposition: Cosgrave 17 Sitze; Unabhängige 6, Mittelparteien 2 Sitze.

Bisher hat de Valera von der Cosgrave-Partei zwei Sitze gewonnen. Außerdem hat die Cosgrave-Partei je einen Sitz an die Unabhängigen und an das Zentrum verloren. Acht Mitglieder des Kabinetts de Valera sind bisher wiedergewählt worden, und zwar durchweg mit erhöhter Stimmzahl, während die Kandidaten

der Cosgrave-Partei fast überall an Stimmen eingebüßt haben. Das Verhältnis der für de Valera und Cosgrave abgegebenen Stimmen stellt sich auf etwa 5:3. Nach den bisherigen Wahlergebnissen hat die Cosgrave-Partei etwa 10 000 Stimmen verloren, während die Republikaner über 25 000 Stimmen gewonnen haben. Cosgrave selbst hat in Cork 400 Stimmen weniger bekommen als bei den letzten Wahlen, während der dortige republikanische Kandidat seine Stimmenzahl um 9000 erhöhte. Ein weiterer schwerer Schlag für die Cosgrave-Partei ist die Niederlage des früheren Finanzministers Cosgraves, Lythe, der von einem Unabhängigen geschlagen worden ist. Der Führer der Arbeiterpartei, McKinnon, ist wiedergewählt worden.

Auswärtiger Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Friedl (Soz.) erneut zusammen. Zu-

nächst fand noch einmal eine eingehende Aussprache über die das politische Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich betreffenden Fragen statt, in der der Reichsaussenminister verschiedentlich das Wort ergriff. Dann wurde die Frage des Schutzes der deutschen Arbeiter im Ausland behandelt, wobei die zur Zeit vor dem Völkerbund anhängigen Beschwerden der deutschen Arbeiter in Polen über Schulforderungen den Gegenstand besonders eingehender Aussprache bildeten.

Der Auswärtige Ausschuss unterbrach gegen 7 Uhr seine Beratungen und wird sie am Freitagvormittag fortsetzen.

Mute Konflikte vor dem Rat

Peru-Kolumbien und England-Persien

Eigener Bericht des „Vornachts“

Genf, 26. Januar.

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag den Konflikt zwischen Peru und Kolumbien um den Fischhaken Leticia am Amazonasstrom behandelt. Der Rat billigte ein Telegramm aus Peru mit der Aufforderung gemäß dem Völkerbundspakt keinerlei Militäraktionen auf kolumbischem Gebiet zu unternehmen, und ein Telegramm an Kolumbien, sich bei der Polizeiaktion in Leticia vor jeder Verletzung peruanischen Gebiets zu hüten.

Am Nachmittag trugen England und Perien ihren Standpunkt im Konflikt um die Kürzung der Konzession an die englisch-perische Petroleumgesellschaft vor. Sir John Simon erklärte Englands Bereitschaft zu einer friedlichen Verständigung, bestand aber darauf, daß die durch einseitige Kürzung der Konzession geschaffene ungesicherte Basis nicht die der künftigen Verhandlungen sein dürfe. Wenn notwendig, werde die englische Regierung verlangen, daß der Rat einen internationalen Rechtsbruch feststelle und damit die Konzession wiederherstellen werde. Der Rat müsse nach Artikel 15 des Paktes die Verständigung herbeiführen oder, wenn das nicht gelinge, einen gerechten Lösungsvorschlag machen, der die guten Beziehungen zwischen England und Persien sichere und der Petroleumgesellschaft die Weiterarbeit ermögliche. Persien ließ den Hinauszögerungsvorschlag machen, der Haager Gerichtshof müsse erst feststellen, ob ein internationaler Rechtsbruch schon vorliegen könne, wenn ein fremder Staatsbürger nach nicht die Möglichkeiten der Landesgesetzgebung ausgeschöpft habe. Auf Vorschlag des Berichtserstatters Benech wurde die Angelegenheit vertagt.

Kommissar gegen Selbstverwaltung

Sozialdemokratischer Protest im Stadtparlament — Deutschnationalen schützen Bracht

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung brachten die Sozialdemokraten folgenden Dringlichkeitsantrag gegen Bracht ein:

Die Stadtverordnetenversammlung erhebt allerhöchsten Protest gegen das ungewöhnliche Verfahren, das der Beauftragte des derzeitigen Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, in Sachen der sogenannten Berliner Bezirksreform durchgeführt hat. Gleichwohl welche Stellung zu den Vorschlägen und letzten Formulierungen des Magistrats eingenommen wird, muß festgestellt werden, daß der erste Erlass des Kommissars Magistrat und Stadtverordnetenversammlung mit einer Arbeit beauftragt, die andere wichtige Arbeiten unterbrach und jetzt in allen ihren Teilen als nutzlos erkannt werden muß. Diese zwecklose Arbeit hätte vermieden werden können, wenn der Kommissar sich vor Herausgabe seines ersten Erlasses bei den zuständigen städtischen Stellen über die tatsächlichen und praktischen Wirkungen seiner eigenen ursprünglichen Vorschläge erkundigt hätte, anstatt im Rahmen dieser Vorschläge erst Arbeit leisten zu lassen, um später eigentlich selbst feststellen zu müssen, daß er bei seinem Erlass nicht die Urteilsfähigkeit gezeigt hat, die von einer Fachpersonlichkeit seiner Stellung erwartet werden muß. Das Vorgehen des Staatskommissars ist auch deshalb abzulehnen, weil es ihn aufs neue als „Staatskommissar gegen die Selbstverwaltung“ zeigt. Der Oberbürgermeister wird ersucht, diese Auffassung der Stadtverordnetenversammlung dem Beauftragten des derzeitigen Reichskommissars für Preußen zur Kenntnis zu bringen.

Selbstverständlich stellen sich die Deutschnationalen vor Herrn Bracht; sie erhoben Einspruch gegen die Dringlichkeit, so daß also

der Antrag gestern noch nicht verabschiedet werden konnte. In seiner späteren Annahme besteht aber kein Zweifel; inzwischen kann ihn der „Staatskommissar gegen die Selbstverwaltung“ aus dem „Vorwärts“ entgegennehmen.

Eine Sportdebatte

Der Verlust von 75 000 Mark, für die die Stadt Berlin der Futabank gegenüber die Bürgerschaft übernommen hatte, beschäftigte die Versammlung längere Zeit. Es handelt sich um die Rente des Rudervereins „Freiheit“, den kommunistische Wirtschaft zugrunde gerichtet hat. Der Verein hat keine Zahlungen an die Bank bzw. die Stadt längst eingestellt, die Stadt muß für das Darlehen von 75 000 Mark geradestehen. Der kommunistische Redner, Herr Kirsch, stellte es so dar, als seien es die bösen Sozialdemokraten gewesen, die durch ihren Austritt den Verein in die Zange brachten, seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen zu können. Das war gerade von Herrn Kirsch sehr unvernünftig, denn er war noch bis vor kurzer Zeit der Leiter des Berliner kommunistischen Sportartikels, und als linientreuer Sportler durfte er doch die bundstreuen Sportler nicht als so mächtig hinstellen, daß sie einen kommunistischen Verein kaputt machen können. Stadtverordneter Barthelmann (Soz.) bedauerte, daß der Stadt durch solche kommunistischen Weichen die Möglichkeit genommen wird, den Sportvereinen durch die Übernahme von Bürgschaften zu helfen. Der Ruderverein „Freiheit“ hatte feinerzeit Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob er beim Arbeiter-Turn- und Sportbund bleiben oder zu der kommunistischen Sportzentrale sich anschließen wolle. Der Verein entschied sich freiwillig für das letztere, und nun legte der bekannte, unerträgliche Gefühlssterror gegen

alle Andersdenkende, besonders die Sozialdemokraten ein. Wenn diese schließlich diese SPD-Partei verlassen, weil sie in einem Sportverein zu sein beabsichtigten, so mit vollem Recht. Rein, erklärte Barthelmann, nicht die Sozialdemokraten haben schuld an dem Bankrott des Vereins, sondern die Kommunisten selbst, die, bei „Freiheit“ vor eine praktische Aufgabe gestellt, es nicht scheiterten. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lärm bei den Komm.) Dem gegenüber steht die praktische Arbeit der bundstreuen Sportvereine und -verbände, die neben einer großen Anzahl von eigenen Anlagen aller Art allein in Deutschland 200 Naturfreundehäuser verwalten und erhalten. Schließlich wurde dem Ausschlußbeschluss zugestimmt, wonach die Stadt ihre Interessen an

dem Verein wahren soll und — nach einem sozialdemokratischen Zusatzantrag — für eine anderweitige, mit möglichst wenig Verlusten verbundene Verwendung der Vereinsanlagen sorgen soll. Grundstücksan- und verkäufe und der Beschluß der Städtischen Feuerlozität wurden ohne Debatte genehmigt. Zugestimmt wurde auch einer Vorlage, die die Entlastung der Jahresrechnungen einschließlich der Baurechnungen der Bezirke und der Zentralverwaltungen vorsieht. Dabei wurden verschiedene Etatüberschreitungen und nichtetatmäßige Budgetungen beantragt.

Stadtschulrat Nydahl 50 Jahre

Der Berliner Stadtschulrat Genosse Nydahl wird heute 50 Jahre alt. Nydahl, der seine aufbauende Arbeit am Berliner Schulwesen durch die Wirksamkeit der Baurechnungen der Bezirke und der Zentralverwaltungen vorsieht. Dabei wurden verschiedene Etatüberschreitungen und nichtetatmäßige Budgetungen beantragt. Er ist aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangen.

Die Kältehilfe Berlins

Leider nur knappe Feuerungszulage — Kohlen für Laubenbewohner

Der Beschluß des Magistrats, als besondere Hilfsmaßnahme für frierende Hilfsbedürftige die Summe von 500 000 M. sofort bereitzustellen, wird bei vielen in Not geratenen Familien einen leisen Hoffnungsschimmer haben aufkommen lassen. Die für die Finanzlage der Stadt nicht unbeträchtliche Summe wird jedoch bei dem Nielsenheer der Arbeitslosen in Berlin nur wenig lindern können. Die Stadt Berlin gibt in jedem Monat ungefähr die gleiche Summe an die Hilfsbedürftigen zum Kauf von Holz und Kohlen aus.

Wie wir auf Anfrage aus dem Landeswohlfahrtsamt erfahren, ist der freigemachte Betrag bereits nach der Anzahl der in den einzelnen Bezirken vorhandenen Hilfsbedürftigen auf die Bezirkswohlfahrtsämter verteilt worden. Bereits heute sollen die ersten Auszahlungen erfolgen. Da man wegen der katastrophalen Finanzlage Berlins nicht allen Leidenden helfen kann, sollen die Hilfsbedürftigen eine Beihilfe erhalten, die wegen ihrer schlechten Wohnverhältnisse besonders stark unter dem Kälteeindruck zu leiden haben. Das werden in erster Linie auch die Bewohner von Lauben sein. Die laufenden Feuerungszulagen erhalten in Berlin zurzeit rund 350 000 Unterstützungsempfänger.

Das System, den Unterstützten die Kohlenbeihilfe in barem Gelde auszugeben, hat sich sehr bewährt und soll auch bei der Reichsreaktion beibehalten werden. Der Hilfsbedürftige hat dadurch die Möglichkeit, seinen Bedarf nach freier Wahl zu decken.

Arbeiter überfallen

SA.-Provokation in Berlin O.

In der Pallasadenstraße wurden gestern abend mehrere sozialdemokratische Arbeiter von uniformierten SA.-Leuten überfallen. Zwei Überfallene wurden verletzt und mußten die Hilfe der nächsten Rettungsstelle in Anspruch nehmen.

Wie uns mitgeteilt wird, marschierte durch die Pallasadenstraße gegen 19.30 Uhr ein Trupp SA.-Leute. Als mehrere Arbeiter des Weges kamen, die sozialdemokratische Abzeichen trugen, wurden

sie von den Hitlerburken ohne jeden Grund angegriffen. Die Überfallenen mußten der wuchtigen Uebermacht weichen, zwei von ihnen wurden von den Hakenreißern durch Schläge über den Kopf nicht unerheblich verletzt. Die teilgenannten Täter sind entkommen.

Reichsbanner-Appell

Gesamtaufmarsch am Sonntag

Die aktiven Formationen des Groß-Berliner Reichsbanners haben am Sonntag in Tegel eine große Wehrsportübung nach Abschluß der Veranstaltung marschieren die gesamten Formationen um 12 Uhr von Tegel in 15 Kilometer langen Marsch durch Schornweber-, Müller-, Chaussee-, Oranienburger, Artilleriestraße, Am Kupfergraben nach dem Cuffgarten, um an der Massenveranstaltung der Eisernen Front teilzunehmen.

Räuber im Butterladen

Im Norden Berlins, in der Schönwalder Straße 32, wurde gestern wieder ein frecher Überfall auf eine Butterfiliale der Firma Heinze verübt. Als sich nur die beiden Verkäuferinnen im Laden befanden, wurde die Tür aufgerissen, zwei jüngere Burken stürzten mit schußfertigen Pistolen herein und riefen: „Hände hoch, heraus mit der Ladentasse!“ Während einer der Banditen an der Tür Aufstellung nahm ging sein Komplize auf die Ladentasse zu und plünderte sie aus. Mit ihrer Beute suchten die Täter das Weite. Sie entkamen auf Fahrrädern.

Ein Briefmarkenautomatenräuber ist gestern von der Kriminalpolizei in der Person des 44 Jahre alten Johann Sch. auf irischer Tat festgenommen worden. Sch. hatte sich Metallstücke von verschiedener Größe angefertigt und damit plünderte er die Briefmarkenautomaten aus.

Durch „Kunstfehler“ verblutet

Während der Operation verstorben

Die Frage, wie weit der narkotisierende Assistent für den „Kunstfehler“ des Operateurs mitverantwortlich ist, beschäftigte das Schöffengericht Charlottenburg. Angeklagt war der Arzt K. auf Grund folgenden Sachverhalts:

Zu dem Arzt kam in die Sprechstunde eine Frau mit starken Blutungen. Er untersuchte sie und stellte eine beginnende Fehlgeburt fest. Nachdem er die Frau in die Kuchelge gebracht hatte, rief er einen Gynäkologen an. Der Spezialist erschien auch alsbald und operierte die Frau, die bald nach der Operation verstarb, wie angenommen wird, auf Grund eines zumindest als Kunstfehler anzusprechenden Verfahrens des operierenden Arztes. Wegen den Gynäkologen Dr. K. und den praktischen Arzt Dr. A. wurde Anklage wegen gemeinschaftlicher fahrlässiger Körperverletzung mit Todeserfolg erhoben.

Der Angeklagte Dr. K. war zu der Verhandlung nicht erschienen, und das Verfahren gegen ihn wurde abgelehnt. Die Verhandlung gegen den Arzt A. ergab, daß er lediglich mit der Narkose beschäftigt gewesen war, und Rechtsanwalt Dr. Klee vertrat den Standpunkt, daß er

selbst einen Kunstfehler begangen hätte, wenn er, statt sorgfältig sich mit der Ueberwachung der Narkose zu beschäftigen, in die Maßnahmen des zugezogenen Spezialisten eingegriffen hätte. Er sei weder imstande gewesen, diese Maßnahmen zu kritisieren, noch habe er ein Recht dazu gehabt. Als Sachverständige wurden Prof. Dr. Fraenkel, Medizinalrat Dr. Warenholz und Prof. Dr. Hammerichlag vernommen. Während der Gerichtsart Prof. Fraenkel immerhin eine gewisse Kontrolle seitens des Narkoseurs verlangte, insbesondere es für nötig hielt, daß vorher eine Besprechung stattfinden müßte über das, was zu geschehen habe, standen die beiden anderen Sachverständigen auf dem Standpunkt, daß die Ueberwachung der Narkose eine so wichtige Maßnahme sei, daß für den mit der Narkose beschäftigten Arzt keine Möglichkeit bestünde, sich um etwas anderes als um die Narkose zu kümmern. Sie erklärten es für unzulässig, daß der Narkoseur sein Augenmerk auf die Operation selbst lenke. Er habe nicht einmal das Recht hinzusehen, wenn er sich nicht einer unverzeihlichen Unachtsamkeit schuldig machen wolle. Das Gericht sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Spart durch KARSTADT

Lebensmittel

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ
DER KARSTADT-BAHNHOF

Sonnabend Vorverkauf

WURSTWAREN	KOLONIALWAREN	BUTTER, FETTE, KÄSE	OBST UND GEMÜSE	FRISCHFLEISCH
Jagdwurst Pfd. 0.76	Weizenmehl Pfd. 0.18	Guttsbutter Pfd. 0.98	Apfelsinen 3 Pfd. 0.35	Rindertalg ausgelassen Pfd. 0.28
Landleberwurst Pfd. 0.80	Haferflocken Pfd. 0.18	Markenbutter Pfd. 1.16	Amerikan. Tafeläpfel. 3 Pfd. 0.72	Suppenfleisch.....an Pfd. 0.48
Streichmehlwurst Pfd. 0.88	Tafelreis Pfd. 0.11	Margarine 3 Pfd. 0.74	Zitronen an Dtz. 0.28	Schmorbraten o. Kn., gesp. Pfd. 0.78
Feine Leberwurst Pfd. 0.96	Weißbohnen Pfd. 1.18 u. 1.16	Romadur 20% Stck. 0.16	Bananen Pfd. 0.20	Hammelkeule an Pfd. 0.88
Cervelat- u. Salami Pfd. 1.05	Hartgr.-Makkaroni Pfd. 0.36	Allg.-Stangenkäse 20% Pfd. 0.36	Blumenkohl an Kopf 0.20	Hammelragout Pfd. 0.48
Knoblauchwurst, harte Pfd. 0.98	Hartgr.-Grüppchen Pfd. 0.44	Finn. Schweizer Pfd. 0.37	Sellerie 2 Pfd. 0.15	Käbler mild an Pfd. 0.88
Speck mag. Pfd. 0.88 fett Pfd. 0.76	Aprikosen, ge'rock. an Pfd. 0.42	Brikkäse, vollfett Pfd. 0.56	Möhren Pfd. 0.05	Kalbsnierenbraten an Pfd. 0.78
Schinkenspeck Pfd. 1.08	Kaffee gebr. Pfd. 2.80, 2.40, 1.80	Steinbischer u. Tilsit, vollf. Pfd. 0.68	Kartoffeln 10 Pfd. 0.28	Kalbskotelett Pfd. 0.88
KONSERVEN	WEINE, SPIRITUOS.	FISCHE, RÄUCHERW.	GEFLUGEL UND WILD	
Karotten geodn. 1/2 Ds. 0.26	Jam. Rum Verachalt 38% 1/2 Fl. 2.80	Schellfisch, Seelachs an Pfd. 0.22	Fr. Suppenhühner an Pfd. 0.88	
Hausb. Misch. getr. Erbs. 1/2 Ds. 0.34	Weinbr. Cabinet 1/2 Fl. 3.50	Cabeljau o. K. an Pfd. 0.24	Fr. junge Gänse an Pfd. 0.78	
Schnittbohnen 1/2 Ds. 0.38	Bin. Tafelkühmer 35% 1/2 Tr. 3.95	Rotbars an Pfd. 0.24	Gänsebruststücke an Pfd. 0.85	
Spinat 1 d. d. eingek. 1/2 Ds. 0.50	Edenkobener 10 Ltr. 6.00, Ltr. 0.65	Lebende Karpfen an Pfd. 0.58	Hirschblatt an Pfd. 0.54	
Ananas 8 Scheiben 1/2 Ds. 0.98	Niersteiner 10 Ltr. 4.00, Ltr. 0.95	Bücklinge Pfd. 0.18	Wildschweinblatt an Pfd. 0.50	
Pflaumen m. St. 1/2 Ds. 0.48	Farragosa, Wermuth 10 Ltr. 8.00, Ltr. 1.00	Sprotten ca. 1 Pfd.-Kiste 0.20	Hasen gebr. u. ausgew. Pfd. 0.54	
Himb., Aprik. Konf. 400 gr Gl. 0.50	Amarantiss span. 500w. Ltr. 1.40	Räucherlachs 1 Stck. an Pfd. 1.20	Wildragout an Pfd. 0.28	

Bestellungen über 5 Mark unter F 6 Boarwald 0012 werden prompt erledigt. Für Sonnabend-Lieferung Anruf bis Freitag abend erb. Verkauf soweit Vorrat

In den Dachhallen:
Ilja Livschakoff
Adolf Ginsburg

Ein Ereignis für die Frauenwelt Berlins und weiteste Umgebung

Weisse Wochen

Des Jahres größter Sonderverkauf für Aussteuer-Artikel

Ein Blick in die neue Schule

Erfüllung der Welt mit der Seele des schaffenden Kindes

Die Unzulänglichkeit der Vorstellungen weiter Kreise von der neuen, namentlich in den modern gerichteten weltlichen Schulen maßgebenden Lehrweise zeigt ein Blick in die in diesen Tagen veranstaltete Ausstellung der 53/54. Gemeindefschule am Richardplatz in Neukölln.

Wenn unsere Schulreaktionäre gerne Klage führen über den „mechanistischen“, das Seelenleben erlösenden neuen Unterricht, in dem sie ihre kirchlichen und militaristischen Högenbilder vermissen, so finden wir hier im Gegenteil, daß die neue, auf der Gemeindefschule der Gruppe, aber ebenso auch auf dem Selbststudium und Selbstschaffen jedes Schülers aufbauende moderne Schule gerade das Eigenartige und Schöpferische im Kinde pflegt, seine Fähigkeit zum Selbstfinden und Selbstaufbau entwickelt. Das Ideal der „allgemeinen Bildung“, die über alles mitreden kann und keinen Gegenstand von Grund auf beherrscht, ist mit Bewußtsein preisgegeben zugunsten der schon von Goethe geforderten Beschränkung auf bestimmte Gebiete, die man dafür gründlich beherrscht, deren Bearbeitung reif macht zur Ablösung anderer, vom Leben gestellter Aufgaben.

Schon das Lesen und Schreiben — wie anders wird das gelernt als in der mühsam qualitativen Weise, die uns leinertzt namentlich das Schreibenlernen viele Jahre zum Schrecknis gemacht hat. Da liegen eine Reihe Bilder, jedes mit aufgedruckter Bezeichnung. Kennt sie das Kind, so werden die Unterschriften fortgenommen, müssen aus einem Saß mit den Namen herausgesucht

und an den richtigen Platz gebracht werden. Dann werden die Wörter zerschritten, wieder zusammengefügt usw.

Lernen an Ort und Stelle

Den Höhepunkt des Aufbaus aus selbstgewonnener Anschauung, das mit der unbehilflichen Nachbildung der Tiere und Pflanzen des eigenen Laubengartens beginnt, bildet die Studienfahrt und die Studienarbeit. Sorgsam vorbereitet wird die Wanderung unternommen, deren Arbeitsstoff schon zuvor an kleine Gruppen aufgeteilt ist. So wird das Dorf erforscht: der Bauernhof, das Gut, der Getreidebau, der moderne Viehstall, die Geflügelzucht, die sozialen Verhältnisse werden an Ort und Stelle beobachtet und mit den Beteiligten besprochen, danach in sorgfamer Ausarbeitung mit eigenen Zeichnungen und gesammelten Bildern dargestellt. Solch eine Aufgabe beherrscht für lange Zeit die Arbeit der Klasse und lehrt durch den Austausch der Erarbeitung aller ein gutes Stück Volksebens eingehend kennen. Kechnisch, wenn am Ort „das Gesicht der Straße“: Häuserfronten, Straßenhandel, Musikanten und was alles noch in Wort und Bild von unseren kleinen Sozialforschern wiedergegeben wird.

Fort mit trockenem Nachbeten

An einer Sammlung von Aufzügen desselben Kindes vom ersten bis zum vierten Schuljahr sehen wir, wie Form und Inhalt sich vom Un-

beholfenen zum Bewußtsein entwickeln. Mit Recht wird auch auf das Äußere Wert gelegt. Nicht die „nützliche Entzweiung der Welt“, die unsere Kuder der neuen Schule nachsagen — gerade ihre Erfüllung mit der Seele des schaffenden Kindes, das beobachtet, denkend und ausführend das Wesen der Dinge und das Verhältnis von Inhalt und Form kennenlernt, geben diesem Unterricht eine unendlich reichere Fülle und tieferen Gehalt als jenem, in dem die Klasse nachplärrt, was der hochbewaffnete Schulbeherrscher vorgeprochen hat, in dem jeder eifrig lernt, Worte und Formeln nachzubeten, deren Inhalt er selbst nicht und vielleicht kein Mensch versteht.

Das große Hebewerk des Finowkanals, sorgsam im Modell nachgebildet, zeigt wie ein Sinnbild, was diese Schule erstrebt: Verständnis für die Kulturarbeit der Menschheit, erhoben zur Fähigkeit eigener Wiedergabe und Fortbildung im Zusammenwirken der einzelnen und ihrer Gemeinschaft. Hier liegt der Quell echten Kulturwerdens.

Wir möchten hier besonders auf die den weltlichen Schulen angegliederten Aufbauklassen in R. 89, Panstraße 20/21, in Lichtenberg, Schornweberstraße 19 und in Neukölln, Richardplatz hinweisen. Die Schulen sind für Knaben und Mädchen bestimmt; Anmeldungen nehmen die Leiter der Schulen ein. Die Ausstellung in der Neuköllner Schule am Richardplatz ist noch an ein paar Wochentagen von 16 bis 20 Uhr geöffnet; der Eintritt ist frei.

Haftbefehl gegen Anwalt Versuchte Gefangenenbefreiung

Gegen Rechtsanwalt Dr. Georg Meyer, über dessen vorläufige Festnahme während einer Gerichtsverhandlung, in der er als Anwalt tätig war, bereits berichtet wurde, ist gestern Abend Haftbefehl erlassen worden. Er befindet sich bereits im Untersuchungsgefängnis in Moabit. Die Kriminalpolizei hat auch in seiner Wohnung eine nochmalige Durchsuchung vorgenommen. Die verhaftete, soll die erste Durchsuchung zur Beschlagnahme von belastendem Material geführt haben sowohl von Schriftstücken als auch von verschiedenen Gegenständen, die anscheinend für Untersuchungsgegenstände bestimmt waren.

Ueber die Gründe des Haftbefehls verlautet folgendes: Rechtsanwalt Dr. Georg Meyer hätte ein Mitglied der berüchtigten „Kolonie Markgraf“, den Einbrecher Groß, zu verteidigen. Sein Mandant erhielt sechs Jahre Zuchthaus. Bei einer Durchsuchung seiner Zelle fand man eine Stahlzange mit sechs Blättern und einen Doppelblech mit Anlag. Groß' Mitgefänger bezichtigte Rechtsanwalt Dr. Meyer und behauptete, dieser habe das Ausbruchswerkzeug seinem Mandanten mitgebracht. Weiters Vernehmungen führten zu dem Ermittlungsverfahren gegen den Anwalt, in dessen Verlauf jetzt der sensationelle Haftbefehl erlassen wurde. Rechtsanwalt Dr. Meyer bestreitet jede Schuld.

Die Vermutungen gegen Rechtsanwalt Dr. Meyer erscheinen derzeit ungeheuerlich, daß man geneigt ist, ihre Richtigkeit anzuzweifeln. Berücksichtigungen von Gefangenen sind stets mit größter Vorsicht entgegenzunehmen. Rechtsanwalt Dr. Meyer war in den Nachmittagsstunden in Begleitung eines Kriminalbeamten noch einmal in Moabit erschienen und erledigte dort verschiedene unauffällige Angelegenheiten. Ob es erforderlich war, in dieser Weise gegen ihn während einer Gerichtsverhandlung, in der er als Anwalt tätig war, vorzugehen, erscheint mehr als zweifelhaft.

Vogelschutz-Ausstellung

In der Köpener-Schule in Köpenick wird in zwei Räumen eine großartige und eindrucksvolle Vogelschutz-Ausstellung gezeigt. Der eine Raum wurde von der städtischen Stelle für Naturschutz eingerichtet, die zweitmäßige und ungewöhnliche Ristgelegheiten und Futterplätze für Vögel zeigt. In naturgetreuer Zeichnung lernt der Besucher jeden deutschen Waldvogel kennen, auch kann er mit Leichtigkeit, dank der Beschriftungen, sein eigener Führer durch die Ausstellung sein. Trotzdem aber stellen sich Primaner und Sekundaner der Köpener-Schule als Führer zur Verfügung. Die Ausstellung ist in erster Linie für den Besuch von Schülern gedacht, die sich jetzt schon in beträchtlicher Zahl angemeldet haben.

Ein zweiter Raum birgt Arbeiten, die von Schülern angefertigt wurden. Da sieht man interessante Vogelschutzplakate, die eigentlich als Samt auf die Winterfütterung hinweisen. Oft ist die Beobachtung gerade nicht gut, dafür ist dann aber das Gefühl um so stärker vertreten. Quarkbrot, Quarkbrot und Seetonen aber haben sich als praktische Vogelschutzmittel bestätigt. Sie bauen sowohl Häuser wie Futterplätze für Vögel. Man hat alle Arbeiten ausgestellt, auch die ungeeigneten Geräte, damit an den Fehlern gelernt wird. Hat doch ein kleiner Baumeister außerordentlich sorgfältig das Dach des Futterhauses mit Bino-

leum abgedichtet, doch nicht die geringste Sorge getragen, das Futter vor Schneeremehungen zu schützen. Das A und O jeder Winterfütterung jedoch ist: Das Futter muß bei jeder Witterung dem Vogel zugänglich sein und trocken bleiben. Was sonst ein Futterhaus noch so romantisch aussehen, genügt es nicht seinen Anforderungen, wird es zum Vogelmordhaus.

Die Klage Berlins Rosenthal und die Stadtbank

Ueber die Schadensersatzklage, die die Stadt Berlin gegen den Kaufmann Rostig Rosenthal in seiner Eigenschaft als früheres Mitglied des Kreditausschusses der Stadtbank auf Wiedergutmachung des Schadens angestrengt hat, der der Stadtbank durch die noch am 25. September an die Klarets erfolgte Auszahlung in Höhe von 476 000 M. entstanden ist, wurde gestern von der 22. Zivilkammer des Landgerichts III noch nicht endgültig entschieden. Das Gericht, dem von den Prozessparteien noch umfangreiches Material zur Verfügung gestellt wurde, u. a. der zweite Band der Klarets-Anklage, Protokolle über den Landtagsuntersuchungsausschuss, will einen Vertürlungstermin anberaumen, und zwar Anfang Februar.

Urteil gegen Lokomotivführer

1 1/2 Jahr Gefängnis wegen Gesundbrunnen-Unglück

Die Strafkammer des Landgerichts III verurteilte den 50jährigen Lokomotivführer Ernst Kupke, der am 27. Juli v. J. mit seiner Lokomotive in den aus Straßund kommenden Fernzug hineingefahren ist und so das furchtbare Eisenbahnunglück verursacht hat, wegen fahrlässiger Tötung in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Transportgefährdung zu 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der mitangeklagte Heizer Erich Reimer wurde freigesprochen.

Die Verhandlung ist schneller zu Ende gegangen als erwartet. Von den 133 Zeugen, die in der Anklageurteil aufgeführt waren, sind nicht mehr als 10 vernommen worden. Was hätten auch alle die an jenem Schreckensabend am Gesundbrunnen verletzten Fahrgäste über die Ursachen des Zusammenstoßes selbst sagen können? Gar nichts! Nur eine der Verletzten war im Gerichtssaal als Nebenklägerin anwesend und die verlegten Eheleute Brandes wurden als Zeugen vernommen. Ihre Aussage wurde mit ausschlaggebend für die Verurteilung des Angeklagten Kupke. Die Eheleute schauten gerade durchs Fenster, als sich die Lokomotive parallel dem Zuge bewegte; sie sahen, wie Lokomotivführer und Heizer auf den Zug hinunterstürzten. Einer von beiden sah gemächlich seine Stulle; im nächsten Augenblick sprangen sie auf und stürzten an den Kessel. Die Zeugen hatten den Eindruck, daß sie erst jetzt Gegenmaßnahmen ergriffen. Gleich darauf erfolgte der Zusammenstoß. Aus dieser Aussage schloß der Staatsanwalt, daß beide Angeklagten zu Unrecht behauptet hätten, sie hätten etwa 60 Meter vor dem Hauptsignal die Not-

Freies Geleit für die Kotters

In der Strafsache gegen die Theaterdirektoren Alfred und Fritz Schale, genannt Kotters, hat der Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte auf Antrag des Verteidigers mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft I den Beschuldigten freies Geleit unter folgenden Bedingungen gewährt: Sie haben sich sofort bei dem für ihren Aufenthaltsort zuständigen deutschen Konsul zu melden und eine Kaution von 15 000 M. in bar zu leisten, sowie nach ihrer Rückkehr auf das Lessing-Theater eine Grundschuld von 35 000 M. in Sicherheit einzutragen. Dem Beschuldigten Fritz Schale wird aufgegeben, sich spätestens innerhalb einer Woche, und seinem zur Zeit erkrankten Bruder Alfred, sobald er wieder reisefähig ist, dem Bericht und der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. Beide Beschuldigten haben beim Betreten des deutschen Reichsgebietes ihre Pässe abzugeben und jeden Wechsel ihres Aufenthaltsortes anzugeben.

Freude für Bergarbeiterkinder

Die Neue freie Schulgemeinde Berlin hatte die von dem Freidenker-Verband, der Arbeiterwohlfahrt und der Partei im 19. Bezirk untergebrachten Bergarbeiterkinder aus Waldenburg nach der weltlichen Schule Sonnenburger

bremsen und Luftbremse angezogen und Sand gestreut.

Von den Sachverständigen machte der Vertreter der Beamtenchaft, Berner, außerordentlich interessante Befundungen. Er erklärte, daß

die Beamtenchaft seit Jahren einen Kampf gegen die Dienstdauerordnung führe; die Lokomotivführer und Heizer hätten nicht selten eine Dienstdauer von 14 bis 15 Stunden,

da die Pausen, die sie so oft auf der Lokomotive selbst verbringen müssen, nicht als Erhaltungspausen zu betrachten seien. Der gleiche Kampf gelte auch der Inanspruchnahme der Lokomotivführer und Heizer im Nachdienst. Es komme vor, daß sie nach fünf oder sechs Nachtschichten sofort zu weiteren Nachtschichten verwendet werden. Die Direktion berufe sich aber auf die Dienstvorschriften und es bleibe stets beim alten. Als Vertreter der Beamtenchaft siehe er unter besonderem Schutz und könne es deshalb wagen, dies in aller Öffentlichkeit zu sagen. Auch der Angeklagte Kupke habe viel zu lange Dienst gemacht und sei viel zu viel Nächte hintereinander in Anspruch genommen worden.

Die Ausführungen der beiden Lokomotivführer, die der Ansicht waren, daß die vorhandenen Signale nicht genügt hätten, wie auch die des Vertreters der Beamtenchaft werden hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen. Es wird Aufgabe der Eisenbahndirektion sein, nachzuprüfen, inwiefern die in der Gerichtsverhandlung aufgestellten Behauptungen hinsichtlich der Notwendigkeit der Dienstdauerordnung ihre Richtigkeit haben. Die Öffentlichkeit hat allen Grund, dies zu fordern.

Straße zu einem musikalischen Unterhaltungsnachmittag eingeladen 200 Kinder der weltlichen Schule, die erst kürzlich durch ihr Konzert in der Hochschule für Musik besondere Beachtung fanden, fangen und spielten auf sämtlichen Instrumenten, von der Mundharmonika und dem Trogphon bis zum Akkordeon, Bänder- und Arbeiterlieder. Der Vorsitzende der Neuen freien Schulgemeinde Berlin Rektor Schröter, begrüßte mit herzlichen Worten die Bergarbeiterkinder und sprach gleichzeitig den Kindern der weltlichen Schule, dem Dirigenten Seibemann und den beiden Schulleitern Knief und Thaus seinen Dank aus.

Wohnlaube in Flammen

Eine Geistesschwache verbrannt

Ein folgenschweres Brandunglück ereignete sich in den gestrigen späten Abendstunden in der Laubentolmie in der Dietrichstraße in Hohenschönhausen.

Auf dem Grundstück Nr. 27 befindet sich die aus mehreren Zimmern bestehende Wohnlaube des 65 Jahre alten Arbeiters Karl Schall-

Das Recht als politische Waffe!

Öffentliche Kundgebung der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen, Sonnabend, den 28. Januar 1933, um 20 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Es sprechen: Friedrich Stämpfer, M. d. R., Berlin; Dr. Philipp Loewenfeld, Rechtsanwalt in München; Dr. Hans Menzel, Ministerialdirektor a. D.

Eintrittskarten zum Unkostenbeitrag von 50 Pf. (für Studenten 20 Pf., für Erwerbslose frei) sind erhältlich bei dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, bei der Sozialistischen Studentenschaft, NW 6, Albrechtstraße 11, bei der Arbeiterbank, Abteilung Sparkasse, Wallstr. 65, und Depositenkasse, Lindenstr. 3, und bei den Parteikassieren.

horn. Sch. war mit seiner Frau und seiner 31 Jahre alten geisteschwachen Tochter Edith schon frühzeitig zu Bett gegangen. Gegen 21 Uhr wurde das alte Ehepaar plötzlich durch starkes Knistern aus dem Schlaf geschreckt. Beide waren rings um einem Flammensmeer umgeben und nur mit großer Mühe konnten sich die Leute nur mit dem Hemd bekleidet ins Freie retten. Schon wenige Minuten später brach die Wohnlaube krachend zusammen. Die Tochter kam in den Flammen um. Sie wurde von der Feuerwehr völlig verkohlt aus den schwelenden Trümmern geborgen.

Das furchtbare Unglück trifft das alte Arbeiter-ehepaar um so schlimmer, als sie nicht versichert sind und ihr ganzes Hab und Gut bei dem Brand eingebüßt haben.

Gruß aus Frankreich

Arbeit für beide Nationen

Das Reichsbanner hat befehlend vor kurzem beschlossen, der „Ciamac“, der internationalen Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer beizutreten.

Der Vorsitzende des französischen Kriegsteilnehmerverbandes, der Union Fédérale, hat aus diesem Anlaß an den Bundesführer des Reichsbanners ein sehr herzlich gehaltenes Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Sie werden auf französischer Seite, dessen bin ich sicher, und auf jeden Fall von Seiten der Union Fédérale, den aufrichtigen Willen zu einer lebendigen Zusammenarbeit finden, die es unseren beiden Organisationen und dann auch unseren beiden Ländern erlauben wird, nicht nur in Frieden zu leben, sondern auch unter sich ein herzliches Einverständnis zu schaffen.“ Der Bundesführer des Reichsbanners dankt für diesen Gruß und teilt in seiner Antwort mit, daß nach endgültiger Erledigung des Antrags des Reichsbanners in die „Ciamac“ eine Reichsbannerdelegation in Paris gemeinsam mit den ehemaligen französischen Kriegsteilnehmern für Demokratie und Verständigung kämpfen und arbeiten wolle.

Unfall in der Oper

Auf der Bühne der Städtischen Oper in Berlin ereignete sich ein Unfall. Die Sopranistin Elisabeth Friedrich glitt bei einer Probe auf der Bühne aus und zog sich eine schwere Halswirbelsäuleverletzung zu. Obwohl der Unfall die Künstlerin beim Spiel erheblich behinderte, trat sie in der Abendaufführung des „Freischütz“ auf

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Allmähliche Bewölkungszunahme und Milderung des Frostes, schwache, auf West drehende Winde. — In Deutschland: Im Westen und Süden keine wesentliche Wenderung, in Mitteldeutschland Windabnahme, aber Fortdauer des sehr kalten Frostwinters, im Nordosten weitere Milderung bis zu Tauwetter.

Großbankabschluß Nummer eins

Ueberraschende Dividendenerhöhung der Handelsgesellschaft

Die Berliner Handelsgesellschaft gibt diesmal als erste Großbank ihre Bilanz bekannt und hat damit nach der Reichskreditgesellschaft, die traditionell als erstes Unternehmen mit ihrer Bilanz herauskam, den Rang abgelaufen.

Wohl schon der Zeitpunkt der Bilanzveröffentlichung überraschend, so ist es das Ergebnis noch mehr. Im vergangenen Jahr hatten wir geschrieben, daß die Berliner Handelsgesellschaft sich mit der Auszahlung einer vierprozentigen Dividende „in glänzender Fälligkeit“ innerhalb der privaten Berliner Großbanken befände. Mit dem jetzt vorliegenden Abschluß für 1932 hat das Institut Karl Fürstbergs sich von den übrigen Großbanken noch stärker distanziert als bei den Abschüssen für das Katastrophenjahr 1931. Während bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, der Dresdener Bank sowie der Commerz- und Privatbank an Dividende nicht zu denken ist, führt die Berliner Handelsgesellschaft sogar eine

Dividendenerhöhung von 4 auf 5 Proz.

durch. Die Dividendenerhöhung ergibt sich aus einer Steigerung des Reingewinns von 1,34 auf 2,09 Millionen, von dem für 28 Millionen Mark Kapital zur Dividendenzahlung 1,4 Mill. M. beansprucht werden und der Rest von 809.000 M. auf neue Rechnung vorgezogen wird. Allerdings weist die Gewinn- und Verlustrechnung insofern gegen früher eine wichtige Änderung auf, als zum ersten mal in den vergangenen 8 Jahren auf der Einnahmeseite Wertpapier- und Konjunktalgewinne mit 1 Million eingeleitet wurden, während diese in früheren Jahren als stille Reserven verbucht wurden. Zugleich hat man auf der Ausgabenseite Ab-

schreibungen und Rückstellungen von 2,5 auf 1,5 Mill. M. herabgesetzt, so daß sich durch diese beiden Posten die Gewinnrechnung um 2 Millionen verbessert hat.

Von den wichtigsten Einnahmeposten sind Zinsen, Wechsel und Devisen von 6,7 auf 5,79 Mill. und Provisionen von 3,1 auf 2,7 Mill. M. gesunken. Verwaltungskosten einschließlich Tantiemen blieben mit 4,52 Mill. M. ziemlich stabil, während Steuern und Pensionsleistungen eine kleine Steigerung aufwiesen.

Die Umsätze sind mit 95 gegen 20,4 Milliarden um mehr als die Hälfte gesunken.

während die Bilanzsumme von 368 auf 325 Mill. geschrumpft ist. Nach dem starken Rückgang der fremden Gelder (Kreditoren), die im vergangenen Jahr durch die Flucht der Auslandsgelder von 397 auf 292,8 Mill. M. gesunken waren, hat sich dieser Schrumpfungsprozeß im letzten Jahre bei dem Unternehmen nur in geringem Maße bis auf 253,3 Mill. M. fortgesetzt. Die Akzeptverpflichtungen, die im vergangenen Jahre von 25 auf über 36 Mill. M. gestiegen waren, konnten auf 32,8 Mill. M. verringert werden.

Auf der Aktivseite werden an Kassenbeständen und Guthaben bei Notenbanken 7,7 gegen 8,7 Mill. M. an Schecks, Wechseln um 76,7 gegen 65,3 Mill. M. ausgemittelt, während sich der Bestand an eigenen Guthaben bei Banken auf 32,7 gegen 41,4 Mill. M. stellt. Borsencredite (Reports), die im vergangenen Jahre mit 4,22 Mill. Mark erloschen, werden diesmal gar nicht ausgewiesen.

Für die Einengung des deutschen Außenhandels bezeichnend ist der Rückgang der Por-

tschüsse für verschifftene Waren auf 69,1 gegen 92,4 Mill. M. Schuldner in laufender Rechnung haben sich auf 110,5 gegen 123,7 Mill. M. vermindert. Die schon hohe Liquidität des Unternehmens, also die sofortige Greifbarkeit der angelegten Gelder, hat sich noch verbessert.

Reklame mit der Dividende?

Zwei Momente kennzeichnen diesen Bankabschluß; einmal der frühe Rekordtermin des Abschusses, der selbst die Rekordleistungen der Reichskredit A.-G. in den Schatten stellt, dann die Heraushebung der Dividende, die sicher in Großbankkreisen mit viel Mißbehagen betrachtet wird.

Wie wir hören, hat die Berliner Handelsgesellschaft Ueberrunden arbeiten lassen, um den frühen Termin sicherzustellen; es wird auch die Möglichkeit offen gelassen, daß man nach amerikanischem Muster statt des 31. Dezember einen etwas früheren Abschlußtag genommen hat. Es macht immer einen guten Eindruck, wenn früh berichtet wird; das sieht so aus, als ob man sich über Verluste nicht den Kopf zu zerbrechen brauche. Das kann sein, denn die Handelsgesellschaft hat wenig Neugeschäft und fast nur große Kundenschaft, muß aber nicht sein. Immerhin: man hat eine kostenlose Reklame vorweg.

Zur Terminreklame paßt die Dividendenreklame. Mindestens sehr lähn mutet die Erhöhung auf 5 Proz. an. Aber es ist wieder eine gute Kalkulation, unmittelbar nach der Gründung von Bankstiftungsinstituten zu demonstrieren: Ich bin in diesen Bankenfinanzierungsvereinen zwar drin, aber nicht beteiligt, wie meine erhöhte Dividende beweist. Das erhöht das Ansehen sehr und Ansehen ist alles bei den Banken.

Kreise Letztes hätte sich die Zahl der Wasseranschlüsse in kurzer Zeit von 69.000 auf 75.000 erhöht, und dementsprechend sei der Wasserabfah gestiegen. Zu wiederholen ist immer wieder: Die Betriebe, die die Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität versorgen, gehören in die öffentliche Hand, da sie von Natur Monopolbetriebe sind. Die Ueberschüsse dürfen nicht als Dividenden an die Kapitalisten, sie müssen zur Verringerung der Steuerlasten an die Allgemeinheit fließen.

Grängesberg-Verluste

Der größte Eisenerzkonzern berichtet

Der Grängesberg-Konzern, der größte Eisenerzkonzern Europas, hat in den letzten Jahren hauptsächlich von den umfangreichen Lieferungen an die Konzerne des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gelebt. Da die mit den deutschen Hütten abgeschlossenen Lieferungsverträge die Möglichkeit einer Krise überhaupt nicht voraussehen, so kam der verringerte Erzbedarf der deutschen Konzerne in den schwedischen Erzlieferungen überhaupt nicht zum Ausdruck, und nur jögern haben die Schweden Verringerungen der zu liefernden Mengen zugelassen. Ingesamt sind aber heute die gewöhnlichen Lieferungsanlässe außerordentlich umfangreich geworden.

Der weitaus größte Teil der schwedischen Eisenerzförderung liegt bei der lappländischen Gesellschaft Luopajarvi-Kiruna, die teils vom Grängesberg-Konzern, teils vom schwedischen Staat kontrolliert wird. Im Geschäftsjahr 1931/32 beliefen sich die Erzlieferungen, die in der Hauptsache nach Deutschland gingen, nur noch auf 1,6 Millionen Tonnen gegenüber 3,7 Millionen 1930/31 und 7,4 Millionen 1929/30. Dementsprechend sieht denn auch die Entwicklung des Reingewinns aus: Er betrug vor zwei Jahren knapp 19 Millionen Kronen, vor einem Jahr nur noch 4 Millionen, während in dem am 30. September 1932 abgelaufenen Geschäftsjahr ein Verlust von nicht weniger als 16,8 Millionen Kronen verzeichnet wird.

Die mit den deutschen Konzernen abgeschlossenen Lieferungsverträge, die noch 10 Jahre laufen, sind im übrigen bisher durch die Verhandlungen der letzten Zeit noch nicht grundlegend abgeändert worden, vielmehr haben die Schweden die Lieferungen, zu deren Abnahme die deutschen Partner verpflichtet sind, nur aufgehoben.

Ein neuer Hapag-Chef

In der Hapag wurde für den verstorbenen Cuno ein neuer Generaldirektor gewählt. Der neue Chef ist Marius Bäger, heute 62 Jahre alt, Reedereifachmann mit großen Erfahrungen und viel Ellenbogenkraft, der ab 1911 als Leiter der deutsch-australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft hervortrat, dann seine Gesellschaft mit den Kosmos- und Sinnes-Linien verband, bei deren Fusion mit der Hapag in diese eintrat und als Leiter der Frachtabteilung praktisch das entscheidende Wort führte, d. h. Cuno für die Repräsentation freimachte.

Die Reichsbahnaufträge

Auf der am 23. und 24. Januar abgehaltenen Tagung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn wurde das finanzielle Gesamtergebnis für 1932 vorgelegt. Mit rund 2,89 Milliarden Mark bleiben die Einnahmen um 25 Proz. hinter 1931 und um rund 46 Proz. hinter dem letzten Konjunkturjahr 1929 zurück. Ueber die Einsparungen an Ausgaben durch mehrfachen Lehnabbau sowie Materialerbilligung wurden keine Angaben gemacht.

Für Arbeitsbeschäftigungszwecke hat die Reichsbahn vom Oktober bis Dezember 1932 bereits Aufträge in einem Umfang von 146 Millionen Mark vergeben, während die restlichen 134 Millionen Mark den Reichsbahndirektionen noch zugewiesen worden sind. Ihre Auftragsverteilung ist in vollem Gange. Die Aufträge werden, sobald es die Witterung zuläßt, wieder einlezen. Außerdem hat die Reichsbahn bei Dr. Gerete Arbeitsprojekte im Rahmen des Sofortprogramms im Höhe von 150 Millionen Mark eingereicht.

Oesterreichs Handelsbilanz im Jahre 1932. Im Jahre 1932 betrug der Wert der Einfuhr nach Oesterreich 1402,3 gegenüber 2210 Millionen Schilling im Jahre 1931. Der Wert der Ausfuhr belief sich auf 783,8 gegenüber 1326,8 Millionen im Vorjahre. Der Einfuhrüberschuß ist somit gegen 1931 von 888,3 auf 618,5 Millionen Schilling

Bankrott der Stützung

Das Konjunkturinstitut gegen Junker und Herrn von Braun

In der junkerlichen Agrarpolitik Deutschlands geht möglicherweise die deutsche Wirtschaft noch zugrunde. Der traffe Egoismus der Junker, der sich nicht im geringsten um gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten kümmert, ist jetzt bei der Dsthilfe deutlich enthüllt worden. Zur rechten Zeit weist das Konjunkturinstitut jetzt darauf hin, daß auch die Getreidestützungspolitik, der zweite große Regel zum Sorg der deutschen Wirtschaft, Bankrott politisch ist.

Das Institut führt zur Entwicklung der Getreidemärkte aus, daß die

Getreidepreise 1932 absolut zwar niedriger lagen als im Vorjahr, sich relativ aber, nämlich im Verhältnis zum Großhandelsindex und besonders zum Gesamtsindex der Agrarerzeugnisse dauernd gebessert haben.

Die Folge sei die starke Ausdehnung der Anbauflächen gemessen mit der ihr folgenden Rekordernte des Jahres 1932 unter Beilegung jedes Einfuhrbedarfs. Mit dieser Entwicklung habe das Problem der

Preisstützung zwangsläufig ein neues Gesicht

erhalten. Solange ein nennenswerter Zuschuhbedarf an Getreide bestand, konnte durch Zölle, Monopole, Vermahlungsvorschriften usw. der Inlandspreis gestützt werden. Mit dem Augenblick, da nichts mehr eingeführt zu werden braucht, so sogar Ueberschüsse entstehen, verlieren diese Mittel ganz erheblich an Schlagkraft. Die Preisstützung sei damit in ein kritisches Stadium getreten und die Börse habe die neue Lage sofort erkannt und in Rechnung gestellt, denn die Preise seien fast auf den Tiefstand der Jahre 1924 und 1925 gesunken.

Nach den Erfahrungen im Ausland habe man aber gerade die Methode der Magazinierung die jetzt wieder in Deutschland verfalgt wird, den Preisstützungszweck vollkommen verfehlt. Bei dem vorliegenden Ueberangebot verliere der Preis seine Eigenschaft als Regulator zwischen Angebot und Nachfrage und die Produzenten seien, wenn das Getreide auf Jahre hinaus eingeführt werde nicht mehr gezwungen ihre Produktion dem Bedarf anzupassen. Das beste Beispiel sei das der Vereinigten Staaten: Trotz der gewaltigen Mittel, die das Federal Farm Board eingesetzt habe, sei es nicht gelungen, die Getreidepreise wirksam zu stützen. In Deutschland sei das Problem durchaus das gleiche.

„Eine Stützung der Preise durch Magazinierung wäre nach allem nur gerechtfertigt, wenn entweder im nächsten Jahre sicher mit einer schlechten Ernte und so mit neuem Zuschuhbedarf aus dem Ausland zu rechnen wäre, oder wenn es gälte, die Inlandspreise für einiae Jahre zur Ueberbrückung der Weltmarktlücke hochzuhalten.“

Gerade auf dem Weltmarkt aber würden wegen der Senkung der Produktionskosten in den überseeischen Getreideländern nicht nur vorübergehend, sondern auch auf die Dauer die Getreidepreise niedriger sein, als sie noch vor drei oder fünf Jahren waren. Infolgedessen wird auch in Deutschland

Die Senkung der Produktionskosten zum entscheidenden Problem des Getreidebaues.

Damit ist der gegenwärtigen Agrarpolitik das Todesurteil gesprochen. Wir geben uns keinen Illusionen hin: Eine von den Junkern beeinflusste Regierung wird trotz hundertfacher Nachweise für die Falschheit der jetzigen Agrarpolitik von ihren Fehlern nicht absteigen. Denn Getreidestützungspolitik ist in Deutschland nur ein Teil der Dsthilfepolitik, die Dsthilfepolitik ist Besitzerhaltungspolitik, Besitzerhaltungspolitik aber fragt nicht danach, ob das, was dem Eigentümer der Güter gut tut, die Volkswirtschaft und den Bauern ruiniert. Aber es ist notwendig festzustellen: Getreidestützungspolitik mit der notwendigen Folge des Bauernruins ist Bankrott politisch. Dieser Bankrott politisch muß ein Ende gemacht werden; das wird nur gegen die Junker gehen, und wie bei der Hartnäckigkeit der Junker die Dinge nun einmal liegen, nur durch Enteignung und Entmachtung der Junker.

Eingestandene Pleite

Die Butterbeimischung wird revidiert

In der Burokratie des Reichsernährungsministeriums mahlen die Mühlen Gottes besonders langsam; denn diese hartgeflossenen Herzen, die nun einmal an der Macht sind, stellen sich auch gegen die laienhaften Erkenntnisse des gesunden Menschenverstandes taub. Aber diese Mühlen mahlen doch sicher. Man hört jetzt, obwohl noch vor wenigen Tagen der Reichsernährungsminister von Braun die Butterbeimischungspläne verteidigt hat, daß die Pläne revidiert werden sollen, weil sich

die Mehrheit des Kabinetts der Unstimmigkeit der bisherigen Konzeptionen nicht entziehen konnte. Das Datum steht noch nicht fest, wann sich das Kabinett mit der Revision der Beimischungspläne beschäftigen wird; fest steht aber der Bankrott, den Herr von Braun mit seinen Plänen gemacht hat.

Hermes regiert allein

Im Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden Präsidialwahlen durchgeführt. Der eine der bisherigen Präsidenten, Geheimrat Hohenegg, München, hat auf eine Wiederwahl verzichtet. Sein bisheriger Kollege, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, wurde zum alleinigen Präsidenten gewählt.

Weitere Bankabschlüsse

Die Bayerische Notenbank (eine Staatsbank) hat in ihrer Bilanz für 1932 wieder eine Dividende von 10 Proz. vorgeschlagen.

Die August-Thyssen-Bank A.-G., Berlin, will auf das Aktienkapital von 16 Millionen Mark eine Dividende von 4 Proz. im Vorjahr verteilen.

Siedlung als Geschäft

Die Generalversammlung der Charlottenburger Wasserwerke

Da die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. in diesem Jahre wieder 5 Proz. Dividende auf das 60-Mill.-Mark-Kapital zur Verteilung bringt, verließ die Generalversammlung ruhiger, als man nach den Vorfällen des Vorjahres erwarten konnte.

Das Bankhaus J. Goldschmidt u. Co., Großaktionär und früher zugleich einzige Bankverbindung der Charlottenburger Wasserwerke, ist bis heute nicht in der Lage, der Gesellschaft ihr Millionen Guthaben zurückzuzahlen. Die Charlottenburger Wasserwerke haben 3 Mill. Mark auf ihre Forderungen zurückgestellt. Der Rückkauf von 3 Mill. Mark eigener Aktien, wodurch ein Teil der Forderungen abgedeckt werden sollte, ist von Goldschmidt angefochten worden. Hier liegt die Entscheidung bei den Gerichten.

Ueber die Geschäftsentwicklung (und die weiteren Dividendenaussichten) wurde „Glänziges“ mitgeteilt insofern, als die Stadtrand-Siedlung ein gutes Geschäft zu werden verspricht. Im



Kauft Heilmittel nur in der Apotheke - Ihr seid es Eurer Gesundheit schuldig!

Frankreichs Finanzregelung

Parlamentsdebatte eröffnet, aber noch keine klare Mehrheit

In Paris hat gestern endlich nach langwierigen Ausschussberatungen die Finanzdebatte im Plenum begonnen. Sie wurde mit einer Rede des Finanzministers Chéron eröffnet, dem der frühere Finanzminister Flondin im Namen der Rechtsopposition unter lebhafter Anrede erwiderte.

Die innerpolitische Lage ist noch unklar, da zwischen der Regierungsvorlage und den Forderungen der Einkommensreform noch gewisse Gegenstände bestehen. Eine Delegation der Vorkomitees, der u. a. Léon Blum angehörte verhandelte mehrfach im Laufe des Tages mit Paul Boncour, ohne daß es zu einer Übereinstimmung kam. Aber man glaubt, daß eine Ueberwindung der Gegensätze nunmehr möglich sein wird und eine Regierungskrise vermieden werden kann.

Offenlegung der Steuerlisten! Vom Finanzausschuß beschlossen

Die Finanzkommission der Kammer hat mit 14 gegen 6 Stimmen beschlossen, in allen Gemeinden Frankreichs die Listen der Einkommensteuer unterliegenden Personen öffentlich anzuschlagen. Die Kommission hofft mit dieser Maßnahme eine Verringerung der Steuerhinterziehung zu erreichen.

Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Herabsetzung der Beamtengehälter hat die Kommission abgelehnt und beschlossen, die betreffenden Artikel durch das erste Kapitel des sozialistischen Gegenentwurfes zu ersetzen, der eine Verminderung der Verwaltungsausgaben durch Abschaffung unnützer Posten und durch eine grundlegende Verwaltungsreform herbeiführen will. Auch die Herabsetzung der Kriegspensionen wurde abgelehnt. Die Kommission sprach sich jedoch dafür aus, daß eine aus Senatoren, Abgeordneten und Kriegsteilnehmern gebildete Kommission innerhalb von drei Monaten eine Revision der Pensionsfüge ausarbeiten soll.

Proteststreik der Börse!

Die in Börsen- und Finanzkreisen als „marginale“ vertriebenen Beschlüsse der Finanzkommission über die Sanierung der Staatsfinanzen führte zu einem Streik an der Börse.

Die Angestellten sämtlicher Pariser Börsenmärkte verhinderten die Notierung der Kurse, um damit besonders gegen die von der Finanzkommission beschlossene Umwandlung der Inhaberkonten in Namensaktien zu protestieren, die nach ihrer Ansicht eine Verringerung des Börsengeschäfts und damit Personalleistungen nach sich ziehen würde. Nur für etwa 30 Papiere konnten von den Bankiers selbst Kurse festgesetzt werden. Die Umsätze waren minimal.

Finanzminister Chéron erklärte zu dem Streik: „Die Streikbewegung an der Pariser Börse ist vollkommen unentschuldig. Alle gegen die Unabhängigkeit der Parlamentarier organisierten Kundgebungen sind in einem demokratischen Regime unzulässig. Ich habe sofort nach dem Bekanntwerden des Streiks den Vorsitzenden des Kassiererverbandes aufgefordert, seine ganze moralische Autorität einzusetzen, um der Bewegung ein Ende zu machen. Wir werden im übrigen die Anführer des Streiks festzustellen suchen und nötigenfalls Sanktionen gegen sie verhängen.“

Gegen die Buttermischer! Hilferding enthüllt den Junkerkurs

Gestern führte der Haushaltsausschuß des Reichstags im Rahmen einer allgemeinen Debatte die Erörterung über den Butterbeimischungszwang zur Margarine zu Ende.

Der Abg. Hugo (D. Sp.) erklärte, die Butterbeimischung sei vielmehr ein politisches als ein wirtschaftliches Problem. Der Minister von Braun habe sich in seinen Zahlenangaben über die Margarinepreise und über deren Rohstoffe „geirrt“.

Abg. Hilferding (Soz.)

erörterte die Frage in kurzen Zügen grundsätzlich und wirkte dabei auf den Haushaltsausschuß außerordentlich eindrucksvoll.

Hilferding unterstrich, es sei bedeutsam, daß zum ersten Male der Minister offen ausgesprochen habe, daß der Landwirtschaft durch die Regierung kurzfristig wesentlich geholfen werden könne. Auch die Kaufkraft allein könne die Landwirtschaft nicht retten, zumal dann nicht, wenn man den breiten Massen Teile ihrer an sich geringen Kaufkraft wegnehme und sie dem verhältnismäßig kleinen Kreise der Landwirtschaft gebe. Das Schlimmste sei heute, daß die Führer des Bundes der Landwirte der Landwirtschaft dadurch Böses angetan haben, daß sie behauptet hätten, man könne mit einigen geschickten Mitteln der Landwirtschaft ernsthaft helfen. Nur allgemeine Produktionssteigerung schaffe erst Kaufkraft.

Man habe immer Nahrungsfreiheit als Schlagwort den Bauern gepredigt. Was sei damit erreicht?

1. Ueberproduktion auf dem Getreidemarkt.
2. Durch die künstliche Hochhaltung der Preise für Getreide und damit auch der Futtermittel sei die Landwirtschaft schwer geschädigt wurde.

Bis zum Ernährungsminister Schiele war absolutes Dogma die Einfuhr der Futtermittel zollfrei zu halten. Jetzt wolle man aber auch den Wahnsinn begeben, auch diese Einfuhr zu droffeln und damit zu verteuern!

Die Sozialdemokratie habe schon immer gesagt, daß man zur Produktionsregelung kommen müsse und zwar für alle wichtigen agrarischen Produkte. Aber der Bund der Landwirte und der Ernährungsminister, sie wollten nur die Produktion steigern, und damit erreichen sie das Gegenteil davon, nämlich die Unwirksamkeit ihrer eigenen Agrarpolitik.

Der Kartoffelbeimischungszwang habe nach einem gewissen Sinn gehabt, als Getreide vom Weltmarkt heringebracht werden mußte. Heute aber hätten wir so viel Ueberfluß an Getreide, daß man große Mengen magazinierten könne. Jetzt sei der Zwang, dem Brote noch Kartoffeln beizumischen ein völliger Unsinn!

Der Butterbeimischungszwang werde die Butterproduktion nicht fördern, sondern solche Schichten der Bevölkerung, die bisher noch der Margarine widerstrebten, zu ihrem Verbrauch führen. Wenn die Margarineindustrie zu viel verdient habe, gebe es vernünftiger Wege, ihre hohe Verdienstspanne zu verkleinern.

Hilferding schloß: Sie können auf den wichtigen Gebieten der Landwirtschaft nicht helfen, deswegen veruchen Sie jetzt, bei einzelnen landwirtschaftlichen Produkten irgendwo Erfolge zu erzielen. Aber mit dem Resultat, daß Sie unehren Export erschweren mit allen daraus resultierenden Folgen. Deswegen beantragen wir, den Butterbeimischungszwang nicht einzuführen!

Nach Abschluß der Debatte beantragte der Landtagsführer und nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete von Sybel, daß die Abstimmung über die vorliegenden Anträge, im besonderen über den sozialdemokratischen Antrag, verschoben werde. Wenn das abgelehnt werde, würden die Nationalsozialisten sich der Stimme enthalten.

Bei der Abstimmung waren die Nationalsozialisten, die Daitchnationalen und das Zentrum für die Vertagung der Abstimmung. Sie war damit beschlossen.

Wir tragen im folgenden noch eine Reihe der Einzelfragen nach, die Genosse Heinig in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Dithilfe gestellt hat.

Heinig machte in seiner Rede darauf aufmerksam, daß mehrfache Sanierungen eines Betriebes gar nicht so selten vorgekommen seien als behauptet werde. Er zählt an Fällen der Doppelsanierung durch mehrfache Gewährung von Entschuldungshypothen oder auch auf eine zweite Sanierung durch andere Zuschüsse, Finanzierung von Abverkäufen und ähnlichen die folgenden Namen an:

- Freiherr von Hohberg und Buchwald auf Dulzen, Graf zu Dohna-Wilfahnen, von Kalkstein-Arnberg, von Kalkstein-Schulitten, von Kannerwitz-Balkowen, von Plehwe-Dwarischen, General Hell-Gr. Grieben, von Kuer-Goldschmiede.

In Wirklichkeit seien nicht nur einige wenige Großbetriebe in Ostpreußen mehrfach saniert worden, sondern etwa ein Drittel, aber auch dreifache Sanierungen oder Hereinnahme ins Sicherungsverfahren nach Doppelsanierungen seien erfolgt.

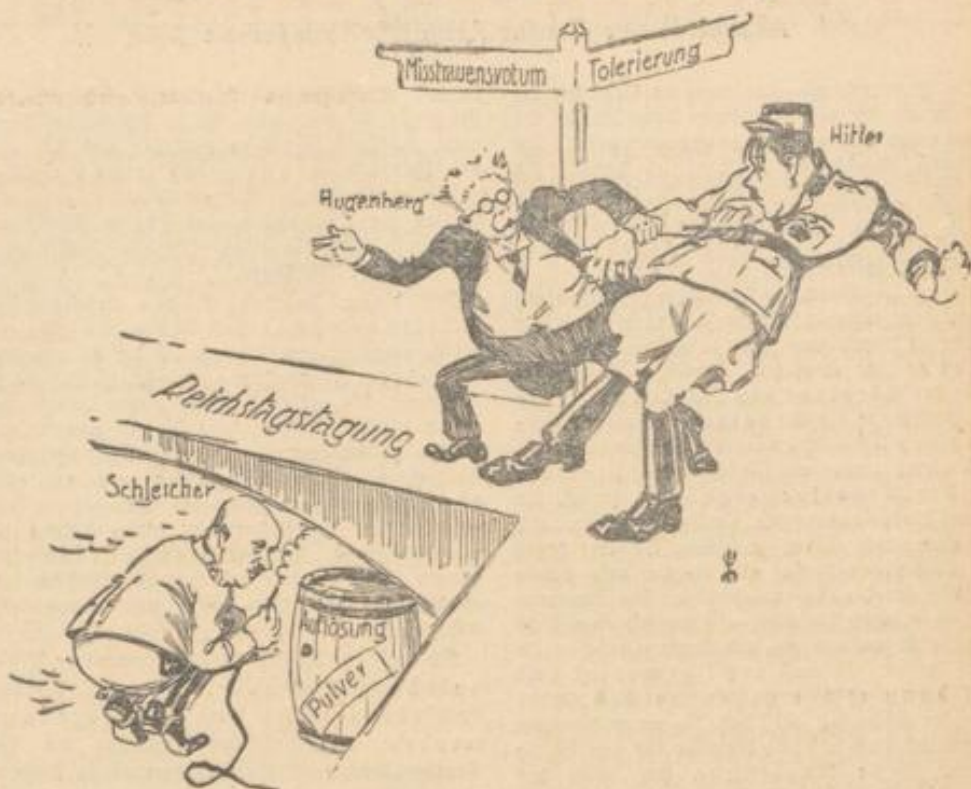
Zusätzlich sei auch, daß verhältnismäßig häufig landwirtschaftliche Sachverständige bestimmte Betriebe als völlig sanierungsunfähig begutachteten, daß aber dann auf Grund anderer Einflüsse eine Sanierung doch erfolge. Das gelte im besonderen für die Sanierung des Landstellenleiters in Stettin. Ebenso sei es mit dem Betrieb des

Grafen Schwerin in der Provinz Brandenburg gewesen. Auch dieser Betrieb wurde als nicht-sanierungsfähig festgestellt, soll aber auf besondere Anordnung des Reichsernährungsministers von Braun dann doch noch wie ein Betrieb im gefährdeten Grenzgebiet behandelt worden sein. Es erfolgte die Nachentbindung verbleibender Verbindlichkeiten aus dem Betriebssicherungsfonds.

Fall des Grafen Zinkenlein zu Schönberg im Kreise Rosenburg.

Hier handele es sich um eine Umschuldungshypothek in Höhe von 1,2 Millionen Mark. Die

Vor der Entscheidung



Fritz, Fritz, die Brücke kommt!

Reichsbannermann Klein bleibt auf freiem Fuß

Am 22. November 1932 wurde der Reichsbannermann Karl Klein aus München-Bladbach „wegen Täuschheit beim Landfriedensbruch“ vom Sondergericht München-Bladbach zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte dagegen 1 Jahr Gefängnis beantragt. Die Verurteilung erfolgte auf die Ausfagen mehrerer Nazis. Auf Grund der Amnestie wurde die Strafe des Reichsbannermanns Klein in 2 1/2 Jahre Gefängnis umgewandelt.

Am 24. Dezember gelang es dem Verteidiger Kleins, R.-A. Dr. Arthur Wolff-Düffeldorf, für seinen Mandanten einen Strafurlaub bis zum 31. Januar zu erwirken. Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft München-Bladbach Klein mitgeteilt, daß sie auf ein Gesuch des Verteidigers den Urlaub bis zur Erledigung des laufenden

Gnadenverfahrens verlängert hat. Man rechnet damit, daß das Gnadengesuch erfolgreich sein wird, da das hohe Urteil seinerzeit allgemeines Entsetzen hervorgerufen hat.

Gegen Staatsnotstand

Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat eine Entschärfung gefordert, in der es heißt:

„Sodann wurde zum Ausdruck gebracht, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung alle Diktaturbestrebungen und vor allem auch die von reaktionärer Seite jetzt propagierte Forderung auf Erklärung eines „Staatsnotstandes“ entschieden ablehnt. Die Kreise von oben, die einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Verfassung sowie die Anpassung des Sinnes von Verfassungsvorschriften an eigennützige Parteiziele propagieren oder verlangen, haben das Recht verweigert, sich gegen Klassenkampf und Umsturz von unten zu wenden.“

Skandal ohne Ende!

Neue Fälle von Osthilfe - Mißbrauch

übrige Verschuldung des Besitzes sei durch den verschwenderischen Lebenswandel des verstorbenen Bruders des jetzigen Besitzers entstanden. Jener hat in wenigen Jahren 500 000 M. verjagt. Auch hier hat der landwirtschaftliche Gutachter alle Bedenken gegen eine Umschuldung gehabt. Doch der Leiter der Landstelle, der Landrat Lauenstein habe gemeint, daß er wegen seines Vorwärtskommen doch lieber entgegenkommend sein solle. So wurde der Graf Zinkenlein umgeschuldet. Die Mutter des Besitzers soll eine Rente von 1000 M. monatlich aus der Dithilfe erhalten.

Ein anderes Charakteristikum aus den Dithilfepraktiken ist die Methode, erst Schulden zu machen, dann unter Sicherungsschutz zu schlüpfen und die Gläubiger auszuzahlen.

Heinig sprach von einem Fall

Freiherr von Richtigshofen.

Dieser nahm erhebliche Darlehen auf und gab als Sicherung dafür eine Teilhypothek auf das seinem Bruder gehörige Rittergut Jakobsdorf, Kreis Kreuzburg. Der eigentliche Schuldner hatte aber, ehe er das Darlehen aufnahm, schon den Offenbarungseid geleistet. Der Bruder, auf dessen Rittergut die Hypothek eingetragen war, ging dann unter Sicherungsschutz. Das betraf ihn ganz gut. Er erhielt Darlehen von der Dithilfe und der Gläubiger hatte das Nachsehen.

Das Dominium Elisenhof bei Mündeberg

wurde vor einigen Jahren verkauft, weil sich Mann und Frau trennten. Der Mann gab der Frau und den zwei Kindern die zweite Hypothek auf den verkauften Besitz als Ernährungsflächheit. Der Käufer des Dominiums ist ein Oberleutnant Schmidt. Er zahlte regelmäßig aus dem an sich rentablen Betrieb die Hypothekenzinsen, bis er eines Tages angeblich wegen einer ganz geringen Schuld die Gelegenheit wahrnahm und unter Sicherungsschutz schlüpfte. Seitdem ist die Frau mit ihren Kindern völlig mittellos. Sie erhält keine Zinsen. Als sie sich bei der Landstelle beschwerte, wurde ihr gesagt, sie solle nicht zu sehr drängen, sonst werde das Dominium Elisenhof versteigert werden und die sehr vermögende Frau des jetzigen Besitzers,

des Oberleutnant Schmidt, werde das Gut zum Preise der ersten Hypothek ersteigern. Dann habe die Beschwädlerin ihr ganzes Geld verloren!

In einem anderen Falle versuchte ein Landwirt, der sein Gut während des Krieges verkaufte und eine Auswertungshypothek aus jenem Besitz hat, zu seinem Geld zu kommen. Obwohl von anderer Seite für das ganze Gut ein günstiger Kaufpreis geboten worden ist, der eine Auszahlung aller Forderungen ermöglicht, bleibt der Gutshof im Sicherungsverfahren und der Landwirt hat gar nichts!

Aus dem Gebiet der Osterburger Wälsche — ein Markgebiet an der Elbe — teilte unser Redner mit, daß dort in ganzen Gegenden die Schuldner die Zahlungen mit den Hinterlassenen verweigern, daß sie sich im Umschuldungsverfahren befinden und unter Zwangsverwaltung hängen. Die Betriebe sind meist großbäuerlich. Es sind aber auch einige große Güter vorhanden. Ganz systematisch hat man hier mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften hohe Kredite aufgenommen, keine Besichtigungen ausgebaut und luxuriös eingerichtet. Ein Gutsbesitzer Brandt in Schallin baute sich ein neues Wohnhaus mit Wintergarten. Die gesamten Kosten dafür sind jetzt im Sicherungsverfahren. Der Gutsbesitzer Dittmer in Gießgatzberg hat sich ebenfalls für 50 000 M. auf einem Hof von 75 Hektar ein neues Wohnhaus gebaut. Dazu nahm er 45 000 M. Hypothek auf. Jetzt steht er im Sicherungsverfahren. Kommt wirklich einmal ein großer Hof zur Versteigerung, so der des Besitzers Lützen nach dessen Tode — erwerben die anderen Gutsbesitzer zu hohem Preise den Grund und Boden — jetzt stehen sie im Sicherungsverfahren.

Ein Herr Kage in Wendemarck vermag sich dennoch einen Kennstall von drei Pferden zu halten. Selbstverständlich gehört auch die Limousine heute zu den Einrichtungen solcher Gutsböfe.

Das allerschlimmste ist, daß diejenigen, die im Sicherungsverfahren sind, sich auch vor den kleinste Zahlungen drücken!

Die Beschwädren häufen sich zu Bergen. Sie zeigen, daß sich heute schon eine ganz systematische Technik der Ausnutzung der Osthilfe auch in der Richtung entwickelt hat, wie man als Schuldner die Gläubiger pressen kann!

Kampf um die Arbeitszeit!

Abschluß der Genfer Arbeitszeitkonferenz

Die Internationale Konferenz in Genf für die Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche, die etwas mehr als zwei Wochen gedauert hat, ist am Mittwoch abgeschlossen worden. Es handelt sich um die Technische Vorkonferenz in dieser Frage.

Der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Schevenels, sagt dazu u. a.:

„Was sich die allgemeine Diskussion der Konferenz ihrem Ende näherte, nachdem sie manche gefährliche Klippe zu überwinden hatte richteten der Vorsitzende der Konferenz Professor Mahaim sowie der Direktor des I. A. G. Butler und der Vorsitzende der Arbeitergruppe Vertens eine letzte Mahnung an die Konferenz.

Mahaim wies mit Entschiedenheit die Taktik der Arbeitgebergruppe zurück, die darauf hinauslaufen sollte, die Regierungsvertreter vor eine einzige Wahl zu stellen: für oder gegen die 40-Stunden-Woche als einzige und sichere Rettung aus der Arbeitslosigkeit. Die Regierungen — so sagte Mahaim — lassen sich eine solche Wahl nicht aufzwingen und werden nicht in die Falle laufen. Es muß nicht gewartet und erst dann etwas getan werden, wenn man die Sicherheit hat, daß die vorgeschlagenen Hilfsmittel eine absolute Gewähr für den Erfolg bieten. Jede Regierung hat unter den gegenwärtigen Verhältnissen die soziale Pflicht, kein Mittel unversucht zu lassen, dessen Untauglichkeit nicht einwandfrei erwiesen ist!

Auch Butler stellte der Konferenz die unabweisbare Frage: „Wird die Konferenz, wenn auch die Schwierigkeiten noch so groß sind, ihre Arbeit fortsetzen oder nicht? Will sie einen ernsten Versuch machen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und die Verkürzung der Arbeitszeit mit allen praktischen Mitteln herbeizuführen?“ Butler schloß sich damit einer Stellungnahme an, die Jouhaug und Vertens im Namen der Arbeitergruppe von allem Anfang an vertreten hatten:

„Wenn die Delegierten glauben, daß das Problem vertagt werden soll, so werden wir wissen, woran wir uns zu halten und in welchem Sinne wir unsere Aktion zu gestalten haben!“

Wenn die Arbeitnehmer, die die Arbeitszeitverkürzung als eines — neben vielen anderen — der Mittel betrachteten, durch die die Krise bekämpft werden kann nach Ablehnung ihrer eigenen scharfen und unmissverständlichen Resolution schließlich der von den Regierungen von Frankreich, Belgien, der Niederlande, Spanien, Chile, Deutschland und Italien vorgeschlagenen Resolution zustimmten, so wurden sie in erster und letzter Linie von dem Gedanken geleitet, daß unter keinen Umständen irgendein Mittel unversucht bleiben darf, um die maßlosen Leiden dieser 100 Millionen zu mildern.

Für die abgelehnte Resolution der Arbeitergruppe stimmten alle Arbeitervertreter und zwei Regierungsvertreter (Schweden und Spanien). Dagegen alle Unternehmervertreter. Auch der italienische Regierungsvertreter und der italienische Arbeitgebervertreter stimmten gegen diesen Antrag. Nicht Agnelli (Direktor der Fiat-Werke), dessen Name in der ganzen Welt wegen seines entschlossenen Eintretens für Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich bekannt wurde, ist von Mussolini nach Genf entsandt worden, sondern Olivetti! Agnelli war, zusammen mit dem berühmten gewordenen italienischen Antrag zur Abhaltung der Arbeitszeitkonferenz, gut genug für die Propagierung der „fortschritt-

lichen“ Auffassungen Italiens außerhalb Genfs; in Genf aber, als es sich darum handelte, ernsthaft Farbe zu bekennen und sich auf den Boden jener unzweideutigen Lösung zu stellen, die die Arbeitergruppe schon lange vor Italien zur Einberufung der jetzigen Konferenz veranlaßt hatte, stand das offizielle Italien auf der Seite der Heinhager.

Mit diesem Beschluß ist der wichtigste Schritt gemacht. Noch ist das Ziel nicht erreicht, hingegen eine Etappe, bei der es auf alle Fälle kein Zurück mehr gibt. Die ganze Stoßkraft, die während vieler Jahre darauf gerichtet werden mußte den Wagen einmal ins Rollen zu bringen, kann nun darauf gerichtet werden, alle jene Einzelheiten zu erkämpfen, die den Hauptrichtlinien des der Internationalen Arbeitskonferenz dieses Jahres zu unterbreitenden Konventionenentwurfes zugrunde gelegt werden müssen und schließlich der eigentlichen Konvention Sinn und Leben verleihen!

Die noch zur Verfügung stehenden vier Monate bis zur Internationalen Arbeitskonferenz müssen nunmehr ausgenutzt werden, um die Aktion zugunsten der 40-Stunden-Woche auf ihren Höhepunkt zu treiben, nicht zuletzt um die einzelnen Staaten, die jetzt noch nicht der Konvention zugestimmt haben, dafür zu gewinnen, aber auch um die Nationen, die sich bereits zugunsten der Konvention ausgesprochen haben, zur energischer Verteidigung ihrer einmal eingenommenen Stellung zu zwingen!

Mitte Februar findet in Berlin eine Vorkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Fortsetzung des Kampfes um die 40-Stunden-Woche, der jetzt nach der Genfer Vorkonferenz nun erst recht in Gang kommen wird.

Ende Januar tritt in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zusammen. Ihm wird der Bericht der soeben abgeschlossenen Technischen Vorkonferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit zur weiteren Behandlung vorgelegt. Ob die Beratungen der Vorkonferenz bereits als erste Lösung gelten sollen, darüber wird die Internationale Arbeitskonferenz, die Ende Mai zusammentritt, zu entscheiden haben.

Ein Gipfel!

40 Proz. Lohnabbau — keine Ferien

Wir teilten kürzlich mit, daß die Unternehmer den Lohn- und Monteltarif für das Berliner Transportgewerbe zum 28. Februar gekündigt haben. An diese Mitteilung knüpften wir die Vermutung, daß die Kündigung nicht nur erfolgt sei, um den Antrag des Gesamtverbandes auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Lohns zu torpedieren, sondern um auch den im Herbst v. J. mißglückten Angriff auf die Löhne der Möbeltransportarbeiter zu wiederholen.

Unsere Vermutung hat sich vollumfänglich bestätigt. Die Berliner Möbelpediteure warten mit Abbauforderungen auf, die an Unverschämtheit

alles in den Schatten stellen. 32 bis 40 Proz. Lohnabbau, damit wagen sich Unternehmer an die Deffektivität in einer Zeit, in der selbst kommandierende Generale der Politik die wirtschaftliche Unzweckmäßigkeit jedes weiteren Lohnabbaus zugeben müssen! Der Wochenlohn der ständigen Arbeiter (Kutscher, Kraftwagenfahrer usw.) soll von 44 auf 30 M. abgebaut werden, also um 32 Proz., der Tagelohn der umständigen Arbeiter von 8,50 auf 5 M., mithin um rund 40 Proz.!

Dazu kommt noch eine Reihe anderer Verschlechterungsanträge. So soll in Zukunft die Arbeit an Sonntagen und die Pferdepflege geringer als bisher entlohnt werden, das Spielgeld für Bahnfahrten bei Fernunzügen sowie der Zuschlag für Ferntransporte mit Möbelautos um die Hälfte gekürzt werden. Die Sonderzulage für Transporte von Geldschränken, Klavieren, Flügeln usw. sollen gänzlich fortfallen.

Im Manteltarifvertrag verlangen die Möbelpediteure die Kürzung der Bezahlung in Krankheitsfällen auf ein Drittel der jetzigen Höhe. Wie ein verfrühter Aprilscherz mutete die Unternehmerforderung zur Ferienfrage an: „Jeder Arbeitnehmer hat unter Fortfall des Lohnes Anspruch auf Urlaub.“

Wenn die Berliner Möbelpediteure auch wahrscheinlich selbst nicht daran glauben, daß der Schlichtungsausschuß ihre proflatorischen Forderungen ernst nehmen wird, so hoffen sie wahrscheinlich, daß recht hochspannten Forderungen einen für sie günstigen Schiedsspruch herauszuschinden.

Die Möbelpediteure werden gut daran tun, in ihre Rechnung nicht nur den Schlichtungsausschuß einzustellen, sondern auch den Abwehrwillen der Möbeltransportarbeiter, den sie erst vor wenigen Monaten sehr deutlich zu spüren bekommen haben. Mit den Forderungen ist jedenfalls über diese unverschämten Forderungen nicht zu reden.

Noch immer Lohnabbau!

Am Dienstagabend ist nach längerer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß für das Hamburger Gastwirtsgewerbe ein Schiedsspruch gefällt worden, zu dem sich die Parteien bis zum Sonnabendmittag erklären sollen. Nach dem Spruch soll ein genereller Lohnabbau von 6½ Proz. durchgeführt werden, und zwar in gleicher Weise für Lohn- und Prozentempfänger. Die bisher noch strittigen Punkte des Rahmen-tarifs bleiben vorläufig unverändert. In den Hamburger Hotels wird in Zukunft statt eines Bedienungszuschlags von 20 nur noch 15 Proz. genommen.

Es ist geradezu erstaunlich, daß ausgerechnet in einem Gewerbe, das direkt von der Kaufkraft der Massen abhängt, auch heute noch mit Hilfe des Lohnabbaus eine „Anturbelung“ versucht wird. Wie lange noch?

30-Stunden-Woche?

Dem amerikanischen Senat liegt ein Antrag vor auf gesetzliche Einführung der 30-Stunden-Woche in jenen Industrien, deren Erzeugnisse über die Grenzen eines einzelnen Bundesstaates hinaus zum Verkauf gelangen.

Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes W. Green erklärte auf eine Rundfrage des Senats, die organisierten Arbeiter Amerikas würden, wenn nötig, die Durchführung der 30-Stunden-Woche mit Streik erzwingen.

Und die Arbeitslosen?

Das neue „Konklave“ des Herrn von Schleicher

Die Reichsregierung hat noch immer keine Entscheidung über die Neugestaltung der Arbeitslosenbetreuung getroffen. Ihr Zögern ist nicht recht verständlich und noch weniger die Zurückhaltung des Reichsarbeitsministeriums; denn die große Linie der Reform ist doch bereits klar genug vorgezeichnet. Im Sozialen Ausschuss des Reichstages hat man sich für Aufrechterhaltung des Charakters einer selbständigen Arbeitslosenversicherung und einer organischen Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Reichsanstalt und ihren Organen ausgesprochen. Damit müßten doch eigentlich die Pläne, die auf eine Beteiligung der Versicherung und auf die Schaffung einer reinen Fürsorge unter kommunaler Obhut hinauslaufen, erledigt sein.

Aber der General von Schleicher, der sich für überaus klug hält und heikle Fragen dadurch zu lösen glaubt, daß er die Vertreter gegenwärtiger Auffassungen in ein „Konklave“ sperrt, hat auch die Frage der Betreuung der Arbeitslosen dem Reichsarbeitsminister und dem Reichskommissar für die preussischen Finanzen gemeinsam anvertraut. Dieser, der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Professor Popitz, ist das Gegenteil eines Anhängers der Sozialversicherung und der Selbstverwaltung. Außerdem ist er alles andere als ein Fachmann in Fragen der Arbeitslosenbetreuung. Der Reichsarbeitsminister dagegen ist von allen Regierungspolitikern der

einzigste, der gerade auf diesem Gebiete Spezialist ist und der auch in seinem Gutachten vom 27. Oktober gezeigt hat, daß er sich des Weges bewußt ist, der gegangen werden muß. Aber daß er die Energie des Reichskommissars Popitz besitzt, wird wohl niemand behaupten.

Nun zieht also Herr Popitz hin, Herr Schrup hot, Inzwischen wächst im Lande die Not, wächst die Erbitterung und mit ihnen die Explosionsgefahr. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat Beschlüsse gefaßt, und das Plenum — wenn es dazu kommt — wird diesen Beschlüssen zweifellos beitreten. Gegenüber dieser konsequenten Haltung des „verlassenden Parlamentarismus“ macht die „autoritäre Staatsführung“ der Präsidialregierung nicht gerade eine besonders gute Figur. Aber schließlich wird auch die Regierung Schleicher, wenn sie nicht das Opfer jeder kleinen Intrigantengruppe werden will, zeigen, daß sie auch etwas zu leisten imstande ist.

Und sie hat es ja so leicht! Der Reichsarbeitsminister braucht sich nur inspirieren lassen von seinem eigenen Gutachten, den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses und den Forderungen der Gewerkschaften, die, wenn auch mit Abweichungen, alle auf der gleichen Linie liegen.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Gewerkschafts-Kalender“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Beilagen: Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“; 1. Beilage: Wöchentlich 10 St., monatlich 3,25 M. (davon 87 St. monatlich für Austellung im Hause) im voraus zahlbar. Beilage: 2,50 M. einschließlich 60 St. Beilage: 2,50 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschlag 1,60 M. Bei 6 oder 12 Beilagen wegen höherer Gewinne besteht kein Anrecht der Abonnenten auf Erhöhen. Die einjährige Beilage: 24 M. Beilage: 1,20 M. „Reine Hefen“ das festgedruckte Wort 20 St. jedes weitere Wort in 10. Abteil. laut Tarif. Preis über 15 Buchstaben ablesen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: 24 St. Familienanzeigen: 10 St. Anzeigenannahme im Hauptvertrieb: 3 wöchentlich von 14 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmter Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Bernheim; Schriftföhrer: Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Herbert Kasper; Lokal- und Sonntags: Fritz Karst; Anzeigen: Otto Bensch; sämtlich in Berlin. Verlag: Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68. Unterr. Nr. 2.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Zusendung von 5 M an. Leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt.

Ochsen-Suppenfleisch 48 Pl.	Frisches Fleisch	Fische	Geflügel u. Wild	Konserven	Leb. Schleie 45 Pl.	
Kalbskeule 50 Pl. ohne Haxe, Pfd.	Kalbsnierenbraten Pfd. 0,48 Kalbsroulade Pfd. 0,68 Kalbskotelett Pfd. 0,78 Ochsenfleisch 0,68 Ochsenroulade Pfd. 0,84 Lammrücken Pfd. 0,78 Lammkeule ohne Big. Pfd. 0,88 Schweinekotelett .. Pfd. 0,78 Gehacktes Pfd. 0,48	Seelachs fr. Fische Pfd. an 0,22 Schellfisch Pfd. an 0,22 Kabeljau, Rotbars Pfd. an 0,24 Frischer Zander Pfd. 0,48 Karpfen frische an 0,44 lb. 0,58 getrocknet Sprotten .. Kiste oder Pfd. 0,20 Fleckberinge Pfd. 0,35 Aale P. d. an 1,20 Bund an 0,20 Lachs in Stücken .. Pfd. an 1,20	Wolfsbühner ... Pfd. an 0,64 Suppenhühn. frisch Pfd. an 0,68 Tauben Stück an 0,70 Gänse Pfd. an 0,78 Wildschwein Blut Rücken Keu. Pfd. an 0,50 0,65 0,99 Hirsch Pfd. an 0,54 0,74 0,94	Gemüseerbsen m. Karott. 0,45 Junge Erbsen 0,58 Leipziger Allerlei 0,70 Gemischtes Gemüse fein 1,10 Kaiserschoten 1,20	Kolonialwaren Weiße Bohnen Pfd. 0,11 Tafelreis Pfd. 0,12 Linsen Pfd. 0,14 Auszugmehl Pfd. 0,22 Gebr. Kaffee 1,20 2,20 2,40	Puten ... Pfd. an 62 Pl.
Schweine-Schinken ohne Bein 66 Pl.	Wurstwaren	Käse u. Fett	Obst u. Gemüse	Wein 1/2 Flasche ohne Glas	Bücklinge 18 Pl.	
Schollen und Dorsch Pfund 14 Pl.	Blut-, Leber- u. Süßwurst 0,56 Dampfwurst Pfd. 0,68 Landleber- u. Jagdwurst 0,78 Metw. (Br. Art) Pfd. 0,80 0,92 Feine Leberwurst .. 0,96 1,08 Zerelat u. Salami 1,05 1,15 Speck fest Pfd. 0,76 mager 0,88	Camembert v. Schil. 0,18 0,25 Harzerkäse ca. 1 Pfd. - Pa. 0,24 Jagdkäse 3 Stück 0,25 Limburger Pfd. 0,35 vollf. 0,66 Margarine 3 Pfd. 0,74 Molkereibutter Pfd. 0,98 1,10	Kochbirnen u. Musäpfel 0,18 Mandarinen 2 Pfd. 0,35 Amerik. Äpfel 2 Pfd. 0,45 Jaffaorangen 3 Pfd. 0,55 Rhabarber B. ca. 2 Pfd. an 0,14 Rot- u. Weißkohl Pfd. 0,05 Möhren gewaschen Pfd. 0,05 Sellerie 2 Pfd. 0,15 Zwiebeln 3 Pfd. 0,20	31 Hainfeld. Kapellenb. 0,70 29 Stetersh. Marlinsbg. 1,10 Weißwein Ltr. 0,80 5 Ltr. 3,90 Rum-Verschn. 38% Ltr. 3,40	Apfelsinen 35 Pl. 3 Pfund	

Weisse Woche Morgen Sonnabend Vorverkauf!

Grösster Sonderverkauf des Jahres! Dauer dieser Veranstaltung vom 30. Januar bis 11. Februar.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

„Was soll das heißen?“ fragte er mit einer Stimme, die äußerst beklommen war. „Ach mache dich nur drauf aufmerksam. Und hier oben — nicht wahr? — ist das ganze Stadtwert leer?“

Lüderfen erhob sich hastig. „Was, zum Donnerwetter, soll das alles bedeuten?“ Berger sah ihn kalt und ruhig an. Seine Stimme aber klang mühsam, als er antwortete.

„Das wirst du gleich sehen. Vorerst nur eins: Du wirst gut tun, stehen zu bleiben, wo du stehst, ohne den Versuch zu machen, zu schreiben. — Schreibe du — so bist du des Todes!“

Lüderfen machte einen Vorstoß gegen den Schreibtisch, um zu entkommen. Ein Blick auf den Anderen aber und er sah es auf. Mit großen Augen und in Schweiß gebadet, stierte er Berger an, der ihn gespannt und in höchster Erregung ansah, in der Hand einen Revolver.

Dann aber sagte er: „Du brauchst keine Angst zu haben. Ich bin nicht hergekommen, um dich totzuschießen. Das heißt — wenn du es nicht etwa wünschst?“

Lüderfen stützte die Hände hart auf die Tischplatte. „Was willst du?“ fragte er heiser. „Das wirst du gleich erfahren. Setz dich!“

Lüderfen zögerte einen Augenblick, dann glitt er langsam auf seinen Sitz herab. Er ließ den anderen nicht aus den Augen und beide waren gleich blaß.

„Bist du wahnsinnig geworden?“

„Ja — wie ich dir schon sagte. Aber hab keine Angst. Solange du nichts unternimmst, geschieht dir nichts. Ich bin, wie gesagt, nicht gekommen, um dich zu ermorden.“

„Und weshalb bist du gekommen?“

Der Revolver andauernd in Bereitschaft, kam Berger einen Schritt näher. Mit der linken Hand deutete er auf den Tisch, wo die Kasse stand.

„Um die da“, sagte er. „Bisher warst du Lüderfen. Heute ist an dir die Reihe, einmal Berger zu sein — oder auch Quisquus. Du hast die Wahl.“

Lüderfen starrte ihn eine lange Weile an. Und er schaute mühsam. „Ist das ein Scherz?“ fragte er.

In Bergers Stimme klang eine heiße Ruhe, fest und unerbittlich.

„Rein“, sagte er. „Für uns alle beide ist der Einsatz das Leben. Denkst du, ich bin diesen weiten Weg hergereist, um dir bloß mal einen kleinen Schrecken einzujagen? Ich bin da, um die Kasse zu holen oder dich zu töten. Du kannst selber entscheiden. In beiden Fällen ist die Kasse mein.“

Lüderfens Gesicht verzerrte sich. Seine Züge waren steif und starr.

„Ich rate dir, mach Schluss“, sagte er. „Das ist ja der reinste Wahnsinn.“

Ein hartes, gefährliches Glimmen kam in Bergers Augen. „Wieso Wahnsinn?“

„Binnen 24 Stunden nimmst man dich fest!“

Berger lächelte höhnisch. „Denkst du, ich habe die Sache nicht vorbereitet? Daß ich mit der Kasse unterm Arm einfach wegschleichen will?“

Lüderfens Gesicht wurde plötzlich aschfaß. „Was hast du vor?“ fragte er und seine Stimme bebte.

Berger maß ihn einen Moment mit den Augen und kostete die Situation aus.

„Du irrst“, sagte er. „Ich habe nicht die Absicht, dich zu töten und die Kasse zu nehmen. Nur eins von beiden wird geschehen — falls du mich nicht zwingen solltest, beides zu tun. Darüber wirst du jetzt entscheiden. — Und wenn ich weg bin — im Falle du vorzieht, mir die Kasse preiszugeben — dann gehst du nach Hause und verhältst dich still. Du wirst die Sache nicht anzeigen, ehe maximal 24 Stunden verlossen sind!“

„Wer will mich daran hindern?“

„Ich.“

Lüderfen sah ihn haßerfüllt an.

„Jetzt hast du die Wahl“, sagte er. „Glaubst du, daß du sie behältst, auch nachdem du fort bist?“

„Ich habe Paß und Papiere in Ordnung. Und ich brauche, wie gesagt, zweimal 24 Stunden. Deshalb, wenn ich im Laufe des morgigen Tages oder übermorgen — wo ich auch bin — merke, daß du mich angezeigt hast, so ist Sorge getragen, daß du, ehe sie mich erwischen tot bist. Und sollte das misslingen — einmal komme ich ja wieder heraus. Berg dich das nicht!“

Lüderfen veruchte, ihn mit seinem Blick zu bannen, aber er wich entsetzt zur Seite.

„Und daran, daß du Frau und Kind hast, denkst du nicht?“

„Was geht das dich an! — Meine Angelegenheiten gehen dich überhaupt nichts an — mit Ausnahme des einen: Ich will, du sollst auch einmal fühlen, was es heißt, feige zu sein. Heute ist die Reihe an dir. Und wenn es mich auch meine Freiheit kosten sollte. Mir bleibt keine Wahl. Ich muß — und ich brauche das Geld. Dieses niederträchtige, demütigende Leben, das ich all diese Jahre geführt habe, damit ist es jetzt vorbei. Ich will mich auch einmal als Mensch fühlen.“

Lüderfen erhob sich hastig.

„Du traust dich ja doch nicht zu schießen“, sagte er.

Hildegard Abraham:

Legende vom Tode Mozarts

Etwa am 20. November des Jahres 1791 fühlte sich Mozart so krank und schwach, daß er sich zu Bett legen mußte. Frau Konstanze pflegte ihn ganz gut; aber wenn es sich irgend einrichten ließ, ließ sie hinüber zur Nachbarin und jammerte und lamentierte dort aus Leibesträften, während die Nachbarin sie bedauerte. Wenn sie von solchen Besuchen zurückkam, lag ihr Mann warm zugedeckt im Bett und komponierte mit Bleistift auf Papier die merkwürdigen Stücken, Stücken, die er in Abwesenheit seiner Frau und seines Schülers Sühmayr am Spinet ausprobiert hatte. Es waren die Kompositionen für ein Requiem, von dem er selbst nicht wußte, für wen er es schreibe.

Am Anfang, als er die Arbeit begonnen hatte, fürchtete er sich fast davor. Sie wollte ihm nicht bis zur Vollendung gelingen; denn sobald er sich damit beschäftigte, tauchte vor ihm die Gestalt des Mannes auf, der ihm den Auftrag überbracht und ihn schon deswegen gemahnt hatte. Jetzt aber, seitdem er im Bett lag, war seine Furcht gänzlich verschwunden. Er war so erfüllt von Musik, daß er gar nicht wußte, wie er all die Notizen verwenden sollte. Wenn der Sühmayr kam, wurde viel geschafft, aber noch lange nicht genug für Mozart, der sich von dem Reichtum seiner Melodien beinahe bedrückt fühlte. Er war immer froh, wenn er sich wieder etwas von der Seele geschrieben hatte.

Eines Abends, es war wohl am 3. Dezember, Frau Konstanze hatte gerade das Haus verlassen, klopfte es an die Tür. Mozart fürchtete plötzlich, jener Mann werde kommen und ihn nach der Messe fragen. An diesem Tage war es ganz besonders schlimm gewesen, so daß der Meister nicht einmal bis ins Nebenzimmer hatte gehen können, um dort am Spinet zu probieren. Man kann sich wohl vorstellen, wie ängstlich er „herein“ gerufen haben wird. Doch wie groß war sein Erstaunen, als statt des gefürchteten, häßlichen, grauen Mannes ein wunderschöner Jüngling eintrat. Er hatte einen blauen, weiten Mantel umgehängt und trug halbversteckt unterm Arm eine Geige. Zuerst glaubte Mozart das Gesicht seines Gastes noch nie erblickt zu haben; aber je länger er es betrachtete, desto bekannter, desto lieber wurde es ihm. Nachdem der Gast sich ans Bett des Meisters gesetzt hatte, begann dieser davon zu erzählen, was für eine seltsame Arbeit er vorhabe.

„Wie sah denn der Mann aus?“ fragte der Fremde.

„Ach Gott, zum Erschrecken, er war ganz lang und dünn und trug einen grauen Mantel. Er sprach mit so hoher Stimme; ich meinte, es ist der Tod selbst gewesen, der kam, um mich zu mahnen.“

„Nun, darauf könnt ihr euch verlassen, Meister, das war nicht der Tod. Ich kann euch aber sagen, wer es war.“

„Das sollte mich wundern, es erkannte ihn doch keiner hier.“

„Es war niemand anders als ein Bote des Grafen Sallegg. Der Graf, dieser Musikarr, versteht nicht eben viel vom Komponieren. Nun will er die Leute glauben machen, daß er selbst auf den Tod seiner Frau ein Requiem verfertigt, und zu diesem Zweck kauft er es sich von euch. Damit aber keiner den Betrug merkt, verkleidet er seinen Boten und tut so geheimnisvoll, denn es darf ja niemand erfahren, wer dahinter steckt.“

„So, so, dann brauche ich mir ja gar keine

„Doch!“ Der wilde Ausdruck in Bergers Gesicht und der Revolver, der da plötzlich gerade auf seine Stirn gerichtet war, machten, daß er steif stehen blieb.

„Traue mich nicht? Ich kann dich, wenn ich will, totschießen und auf das Geld pfeifen. — Nach einem Schritt und du wirst es sehen. Jetzt ist Schluss! Setz dich!“

Lüderfen setzte sich und Berger fuhr fort: „Ich gebe dir drei Minuten. Wenn die Uhr dort an der Wand sieben Minuten nach zehn ist, mußt du dich entschieden haben.“

Zwei lange Minuten hielten sie sich unverwandt mit den Augen fest. In beiden arbeitete es heftig. Der eine war randvoll von heißer Spannung, der andre von ohnmächtiger Furcht.

Plötzlich unterbrach Berger die Stille: „Noch eine Minute!“

Gleichzeitig knackte der Hahn des Revolvers. Lüderfen war wie mit Blut überzossen. Seine Augen waren glanzlos und er sank in sich zusammen. Dann versuchte er sich zusammenzureißen.

„Da — nimm!“ sagte er hart.

Aber Berger stand unbeweglich.

„Erst mußt du sie bis an die Tischkante schieben, soweit du kannst. Dann steckst du die Hände in die Taschen!“

In Lüderfens gab es einen Ruck und er zögerte.

Da sagte Berger in leidenschaftlicher Er-

Sorgen deswegen zu machen“, sagte Mozart und lächelte. „Aber eine Bitte, lieber Freund, erfüllt mir; ich habe eins der Themen aus der Messe zu einem Violinkonzert verwenden wollen, es sind schon Teile davon fertig, nur fehlt noch das Finale, und dazu wollte ich besagtes Thema. Seht doch einmal nach, ob die Notizen hier schon genügen.“

Der Gast holte die Geige hervor und spielte nach den vorhandenen Bleistiftnotizen das Finale. Der Meister war so hingerissen von dem schönen Spiel des Fremden, daß er sich der Tränen kaum erwehren konnte. „Was ich so ganz besonders an eurem Spiel finde, ist die große Kunst, Uebergänge zu finden, die nicht zwischen meinen Notizen stehen.“

„Noch nie hat ein Mensch meine Musik so wiedergegeben, wie ich sie mit meinem inneren Ohr höre; aber ihr habt dies soeben getan, und noch mehr als das, ihr spieltet schon etwas, was noch gar nicht da stand.“

Als der Fremde sich nach einiger Zeit ansahnte fortzugehen, bat ihn Mozart: „Lieber Freund, kommt morgen wieder.“ Der Fremde versprach's und ging.

Während der Nacht und des folgenden Tages dachte Mozart fortwährend an das, was ihm der Fremde aus den Notizen vorgespielt hatte. Er freute sich über die geschickte Abwandlung des Themas aus dem Requiem. Wie schön kam es hier im Finale des Violinkonzerts zur Geltung. Er summite es immer wieder vor sich hin. Seine Frau war sehr in Sorge und meinte, er phantasiere von dem Requiem. Sie ließ den Arzt rufen, der ebenfalls sehr bestürzt schien.

Gegen Abend dieses Tages kam seine Schwägerin Sophie zu Besuch. Sie blieb eine ganze Zeitlang bei ihm im Zimmer; und auch der Arzt kam. Eine leichte Unterhaltung flog hin und her. Aber dann, während des Gesprächs, schlief der Meister plötzlich ein. Als er nach einiger Zeit erwachte, fand er sich mit dem Arzt allein im Zimmer. Der sah an einem kleinen Tisch und schloß fest; vor ihm stand eine hohe Kerze, die das Zimmer eigenartig erhellte. Da klopfte es, und ehe der Meister noch „herein“ rufen konnte, stand der Fremde bereits mitten im Zimmer.

„Hattet ihr keinen anderen Besucher als diesen dort?“ fragte er und wies mit dem Geigenbogen nach dem Arzt, der jetzt leicht zu schnarchen begann.

„Doch“, antwortete Mozart, „drinnen bei meiner Frau sitzt die Sophie, sie kam eigens zu mir; aber ich unhöflicher Mensch konnte mich der Müdigkeit nicht erwehren und schlief ein, während sie im Zimmer war. Weist du“, fuhr er fort, „zu Beginn meiner Krankheit kamen die Freunde oft, aber nach und nach wurden die Besuche immer seltener, und in den letzten Tagen war gar keiner mehr hier.“

Der Fremde sah lächelnd zu dem schlafenden Arzt hinüber, dann drehte er ihn samt seinem Stuhl um, so daß Mozart nur noch eine breite Stuhllehne sah. „So, der kann uns nicht mehr hören“, sagte er und setzte sich auf Mozarts Bett. „Bevor du kamst, habe ich mich so gefürchtet“, sagte Mozart leise. „Ich bekam so große Schmerzen; da mußte ich daran denken, daß es das Beste wäre, ich könnte sterben; aber dann mußte ich an Frau und Kinder denken, und an das Requiem, dessen Aufführung ich doch so gern hören wollte.“

„Gute Frau und eure Kinder, lieber Meister, werden ihr Auskommen schon finden.“

regung: „Es eilt! Der Teufel soll länger warten!“

Und der nervenzorreichende Anblick der Revolvermündung entschied: Ohne ein Wort schob Lüderfen die Kasse zu ihm hinüber und steckte die Hände in die Taschen. Mit einem langen, todwunden Blick sah er Berger an, der sich langsam näherte, den Finger am Hahn des Revolvers. Und als er die Kasse nahm und sie auf den Markentisch nebenan stellte, zog sich sein Körper wie im Krampf zusammen.

Berger sah ihn die ganze Zeit an.

„Die Kasse brauch ich nicht“, sagte er. „Das Geld will ich haben.“

Er leerte die Kasse, sichtlich nerods.

„Wieviel soll drin sein?“

Aber Lüderfen antwortete nicht.

Da überzählte er sie hastig und fieberhaft.

„Etwa zehntausend Kronen sind drin, falls es dich interessieren sollte.“

Lüderfen antwortete noch immer nicht. Er sah wie an den Stuhl festgenagelt und sah zu, was da geschah.

Auf einmal aber ging in Berger eine überraschende Wandlung vor. Er ließ den Revolver sinken alle Erregung glitt von ihm ab und mit einem sinnenden, fast kindlichen Ausdruck sah er den anderen an.

„Lüderfen?“ sagte er. Seine Stimme war ruhig, als ob alles Vorhergegangene ausgeblüht sei.

(Schluß folgt.)

„Ich will's dir nur gestehen, wie ich da so allein gelegen hab' und ans Sterben dachte, überkam mich plötzlich die Angst davor, aber jetzt, wo du bei mir bist, ist sie gänzlich verschwunden. Du bist mein bester Freund, verlaß mich jetzt nicht, nur jetzt nicht, bis alles vorbei ist“, bat Mozart.

Der Fremde nickte und lächelte.

„Ach, gib mir noch die Partitur, daß ich die Musik wenigstens sehe, wo ich sie schon nicht mehr hören soll.“

Auf seiner Bettedecke liegt die Partitur, aber Mozart sieht sie nicht. Der wunderbare Freund hat die Geige ergriffen und spielt den ersten Satz des Violinkonzerts. Da ist es plötzlich, als teile sich die Zimmerdecke und das Dach. Mozart sieht hinein in den Himmel, und nun ertönt auch von dort Musik; er sieht und hört die Engel musizieren. Sie führen sein Requiem aus. In ihrer Mitte steht der Freund im blauen Mantel und geigt, und das alles zusammen klingt so schön, daß Mozart gar nicht weiß, wie ihm geschieht. Es ist ihm, als würde er sacht emporgetragen. Immer wunderbarer wird die Musik und immer leiser. Immer undeutlicher werden die Gestalten der Engel, er sieht nur noch den Freund, der steht und spielt das Finale. Sein blauer Mantel leuchtet so schön, daß Mozart ganz geblendet die Augen schließt, um sie nie mehr zu öffnen.

Als Frau Konstanze wieder ins Zimmer trat, fand sie ihren Mann tot. Er war von ihr gegangen ohne ihren Beistand. Sie war ganz unglücklich und weinte sehr.

Der Tag des Begräbnisses kam. Es war um 10 Uhr vormittags noch ganz dunkel, und der Regen strömte unablässig vom Himmel. Das Wetter war schrecklich. Da Mozart nur ein Armenbegräbnis erhielt, konnte es nicht hinausgeschoben werden.

Schon unter der Haustür ließ sich Frau Konstanze bereuen, dem Sarg nicht zu folgen, da doch das Wetter zu schlecht wäre. Sie blieb auch ganz gern daheim.

Die Freunde lehrten auf halbem Wege in einem Wirtshaus ein. Als der Kutscher dies sah, fuhr er nur ein Stückchen weiter bis zur nächsten Wegbiegung, wo man den Wagen von der Stadt aus nicht mehr sehen konnte. Dort spannte er das Pferd aus und trieb es in die Ausspannung des Wirtshauses, in welchem die Freunde eingelehrt waren. Er selbst aber setzte sich in die Küche, weil er fürchtete, in der Gaststube würden ihn die Freunde Mozarts wiedererkennen und ihm anbefehlen, sofort mit dem Wagen zum Friedhof zu fahren. Das wollte er nicht gerade, denn das Wetter war schlecht, die Küche war aber ganz gemütlich und vielleicht wärmer als die Gaststube.

So stand der Wagen mit dem Sarge Mozarts ganz allein im strömenden Regen. Das sah der Tod, jener schöne Jüngling im blauen Mantel. Er trat alsbald an den Wagen, hob den Leichnam Mozarts aus dem Sarg und hüllte ihn in seinen Mantel; dann verschloß er den Sarg wieder und flog davon.

Man hat dann am nächsten Morgen in aller Stille einen leeren Sarg beerdigt.

Viele Jahre später, als man den großen Mozart gebührend ehren und ihm einen Platz mit einem Denkmal herrichten wollte, suchte man seine Gebeine. Da man sie aber nicht fand und sich das nicht erklären konnte, nahm man, was man fand; denn man wollte sich doch nicht so bloßstellen. In Wirklichkeit aber weiß bis auf den heutigen Tag kein Mensch, wo Mozart begraben ist.

